

Die neue Bewegung von rechts

Dokumentation der Tagung
am 29. April 2017 in Potsdam

Herausgegeben von



Die neue Bewegung von rechts

**Dokumentation der Tagung
am 29. April 2017 in Potsdam**

Herausgegeben von



Impressum

Potsdam 2017. Alle Rechte vorbehalten.

Herausgeber:

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg

Redaktion und Lektorat: Julia Bär, Jonas Frykman, Maica Vierkant

Layout und Satz: Jens Rauenbusch

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

V.i.S.d.P.:

Dr. Julia Bär

Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

Dortustraße 53, 14467 Potsdam

Telefon: +49 331 8170432

E-Mail: info@bbg-rls.de

www.brandenburg.rosalux.de

Inhalt

Julia Bär & Maica Vierkant

Eine neue Bewegung von rechts? – Einleitung 2

David Begrich

Angriff auf die demokratische Gesellschaft 4

Iman Attia

Was ist besonders am antimuslimischen Rassismus rechter Argumentationen? 10

Christina Thumann

Feinbildkonstruktion der rechten Community in Facebook 16

Christoph Schulze

Die Identitäre Bewegung und der Kulturkampf von rechts 22

Christoph Kopke & Alexander Lorenz

Die Verschwörungsmymen der Rechten 27

Gideon Botsch

Rechte Konzepte von Demokratie 34

Einleitung

Eine neue Bewegung von rechts?

Jeden zweiten Dienstag sammeln sich in diesem Sommer 2017 einige Hundert Menschen in Cottbus zu einem Protestzug. Darunter: Neonazi-Hooligans und sächsische Pegida-Anhänger_innen, NPD-Funktionär_innen und Aktivist_innen der Identitären Bewegung. Sie stehen nebeneinander und hören Landtagsabgeordneten der AfD zu, die zum Widerstand gegen eine „Islamisierung“ aufrufen. Organisiert werden die Demonstrationen von der Spreewälder Bürgerinitiative Zukunft Heimat, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein Netzwerk all jener aufzubauen, die gegen einen angeblich aufgrund der Fluchtmigration drohenden „Volkstod“ kämpfen wollen.

Noch vor wenigen Jahren wäre eine solche Szene nicht möglich gewesen. Der Diskurs in der politischen Rechten ist schrill und die Dynamik hoch. Neue Akteure entstehen, neue Aktions- und Kommunikationsformen werden etabliert, neue Netzwerke geknüpft. Beobachten wir, wie eine neue außerparlamentarische Bewegung mit einem parlamentarischen Arm entsteht, die von rechts die demokratische Gesellschaft attackiert? Welche Gruppen, Initiativen und Parteien formieren sich zu dieser rechten Strömung? Was sind ihre Themen? Und welche Strategien verfolgen rechte Protagonist_innen? Um diese Fragen zu diskutieren, luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am 29. April 2017 zu einer Konferenz nach Potsdam ein. Die Vorträge, die bei dieser Tagung gehalten wurden, sind in diesem Band dokumentiert.

Den Aufstieg der Alternative für Deutschland interpretiert David Begrich als Ausdruck eines Kulturkampfes, den die Neue Rechte gegen das, aus ihrer Sicht, „rot-grün-versifftete 68er-Deutschland“ führt. Der Magdeburger Sozialwissenschaftler und Theologe warnt in seinem Beitrag eindringlich davor, diesen Angriff zu unterschätzen und plädiert für eine Offensiv-Verteidigung demokratischer Freiheiten und Werte.

Die Vorstellung, bei der Aufnahme von Flüchtlingen handele es sich um eine von den Eliten zugelassene „muslimische Invasion“, gegen die zum Schutz des „Abendlandes“ Widerstand zu leisten sei, ist einer der Glaubenssätze der neurechten Strömung. Ihr rabiater Rassismus wird von Demokrat_innen zwar einhellig verurteilt. Dennoch bestehen inhaltliche Schnittmengen zwischen Rechten und ihren Kritiker_innen, was die grundlegenden Annahmen über den Islam betrifft. Die in Berlin lehrende Rassismuskforscherin Iman Attia zeigt anhand der „Leitkultur“-Debatte auf, wie der – auch gesamtgesellschaftlichen Diskursen innewohnende – antimuslimische Rassismus eine Abgrenzung gegen rechts erschwert.

Wie Argumentationsmuster aufgebaut sind, mit denen gegen Geflüchtete in sozialen Medien gehetzt wird, hat Christina Thumann untersucht. Die Potsdamer Romanistik-Studentin analysiert Facebook-Posts von „Nein zum Heim!“-Gruppen und zeigt, wie durch Metaphern und Bildsprache Feindbilder erzeugt werden.

Medienbilder zu erzeugen ist die zentrale Aufgabe der Identitären Bewegung, die Christoph Schulze als „Propagandaagentur“ der Neuen Rechten bewertet. Bilder und Begriffe dienen dazu, eine Deutungshoheit – „kulturelle Hegemonie“ – zu erlangen, so der Potsdamer Politikwissenschaftler.

Christoph Kopke und Alexander Lorenz sehen bei den Verschwörungsmithen der rechts-populistischen und rechtsextremen Bewegung vier grundlegende Narrative, die sich nahezu beliebig miteinander kombinieren lassen. Der Berliner Politikwissenschaftler und der Potsdamer Historiker zeigen, dass diese Erzählungen vor allem dem Selbstbild folgen, ein Opfer politischer Übermacht zu sein.

Die „neue Bewegung von rechts“, so Gideon Botsch, nimmt für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und die Demokratie zu verteidigen. Welche Konzepte von Demokratie jedoch dahinter stehen, untersucht der Potsdamer Politikwissenschaftler am Beispiel der NPD auf der einen und der AfD auf der anderen Seite.

Julia Bär
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg

Maica Vierkant
Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit —

Angriff auf die demokratische Gesellschaft

Worüber reden wir eigentlich, wenn wir über die Alternative für Deutschland (AfD) reden? Reden wir über eine Partei wie jede andere? Oder sprechen wir vielmehr über eine Partei, die wie keine andere für einen Kulturkampf von rechts steht? Ich glaube, Letzteres ist der Fall. Es ist nicht ausreichend, auf die Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen oder bei der Bundestagswahl zu schauen. Ich schlage vor, die Wahlerfolge der AfD als Ausdruck eines umfassenden Kulturkampfes zu interpretieren, der in der Gesellschaft tobt und der von intellektuellen Akteuren einer Neuen Rechten befördert und betrieben wird. In der metapolitischen Sicht dieser Neuen Rechten ist die AfD nur ein Baustein für ein gesellschaftliches Rollback, das viel breiter angelegt ist als sich dies in den Anträgen, die die AfD in den Landtagen stellt, ausnimmt. Es geht um Kultur, es geht um Migration, es geht um Gender, es geht im Grunde genommen um die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens als solches. Die AfD und ihr Umfeld greifen wie aus einer Schatzkiste auf, was seit Jahrzehnten in der Neuen Rechten als Generalangriff auf die offene Gesellschaft konzipiert und diskutiert wird. Es ist wichtig zu verstehen, dass das Rad der Emanzipation nicht nur – wie das in der Rhetorik von Alexander Gauland, Jörg Meuthen oder Björn Höcke oft zu hören ist – hinter das Jahr 1968 zurück gedreht werden soll. Wer die Programme der AfD liest, der kann aus jeder Zeile erfahren, dass die Partei tatsächlich den Kampf gegen 1789 aufgenommen hat. Das ist der eigentliche Punkt: Die AfD übt nicht nur konservative Kritik an der einen oder anderen Erscheinungsform gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, sondern diese Partei strebt einen grundsätzlichen, alle Sphären der Gesellschaft umfassenden Systemwechsel an.

Dieser Systemwechsel geht einher mit einer Erzählung, in der der Liberalismus das Kennzeichen von Dekadenz und eines gesellschaftlichen Verfalls im Endstadium ist, und dass es jetzt darauf ankäme, die Säulen des Römischen Reiches von Dreck und Schmutz zu befreien, um sie fortan umso weißer erstrahlen zu lassen. In ihrer Rhetorik beschwört die AfD immer Untergangsszenarien, Deutschland steht vor einem Abgrund, es ist die letzte Party auf der Titanic: Alle Lichter werden angeschaltet, das Orchester spielt noch einmal auf, aber eigentlich wissen alle, dass das Schiff untergeht. Es wäre zu kurz gegriffen, wenn man hier von einer Politik der Angst spräche. Angst haben Kinder im Dunkeln oder vor der nächsten Klassenarbeit. Das reicht nicht aus. Es ist ein Kulturpessimismus, von dem sich die AfD ernährt.

Die Frage ist: Wohin soll die Reise gehen? Was wäre das für ein Deutschland, was wäre das für ein Europa, in dem die AfD-Politik tatsächlich verwirklicht ist? Überall dort, wo Vertreter_innen der Partei – und das ist ja nicht selten – die Gelegenheit erhalten, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu entfalten, blitzt das auf, was sie selbst als konservativ etikettieren, immer mit dem schönen Satz: Konservativ ist nicht das, was gestern war, sondern das, was immer gilt. Nur ist das gar nicht konservativ, sondern völkisch-nationalistisch und reaktionär. Denn die Gesellschaft, in der die AfD leben möchte, ist eine Gesellschaft, in der das Recht auf Differenz nicht mehr existiert, eine Gesellschaft, in der eine autoritäre gesellschaftliche und kulturelle Ordnung unter dem Primat ethnischer Homogenität und deutscher Leitkultur steht.

Die Gesellschaft, die sich die AfD vorstellt, ist irgendwo zwischen dem bürgerlichem Biedermeier des 19. Jahrhunderts und den ethnischen Reinheitsdystopien der völkischen Bewegung derselben Zeit angesiedelt. Gleichzeitig sollte man nicht dem Irrtum erliegen,

die AfD sei eine antimoderne Partei. Denn der Antimodernismus¹, den diese Partei vertritt, ist eine reflexiver Antimodernismus. Sie wollen nicht die Smartphones abschaffen oder das Internet abschalten. Es geht um das Bild des Menschen, das sie entwerfen. Dies entspricht im Wesentlichen der neurechten Anthropologie, wonach der Mensch darauf festgelegt sei, sein Schicksal anzunehmen und sich mit dem angeblich unveränderbaren gesellschaftlichen Bedingungen schicksalhaft zu arrangieren.

Wer diesen Kulturkampf von rechts verstehen will, sollte sich mit der Frage befassen: Wer sind diejenigen, die zu Feind_innen erklärt werden? Das ist gar nicht so einfach zu beschreiben, weil es hier nicht um einen klar umrissenen, politischen Gegner geht. Der in einem schmittistischen Sinne als zu vernichtender Gegner beschriebene Feind ist sehr heterogen zusammengesetzt. Es sind Feindbilder, die auf den ersten Blick wenig bis nichts miteinander verbindet – was haben schon Künstlerinitiativen, der Feminismus oder konkurrierende politische Parteien miteinander zu tun? Auf den zweiten Blick wird aber klar, dass diese Feind_innen der Neuen Rechten dadurch verbunden sind, dass sie als Hauptverantwortliche für die angebliche Dekadenz und den Verfall angestammter Ordnung und Werte identifiziert werden.

Dabei ist es egal, weshalb genau sie diesem Feindbild entsprechen. Groß ist nämlich das Lamento in der Neuen Rechten: Alle Werte – es wird dort sehr gerne über Werte geredet – seien einer Nivellierung unterworfen, Männer dürfen keine Männer mehr sein, Frauen dürfen keine Frauen mehr sein, Migrant_innen hebeln die deutsche Leitkultur aus. Im kulturellen und medialen Betrieb sehen sie ohnehin eine Verschwörung der Eliten gegen die ureigenen Interessen des deutschen Volkes am Werk.

Wenn es tatsächlich so ist wie ich behaupte, dann wäre es gut, wenn die erklärten Feind_innen der Neuen Rechten auch begreifen würden, dass sie angegriffen werden. Das Regietheater müsste diesen Kulturkampf ebenso begreifen wie Flüchtlinge oder Gruppen, die Interessen gesellschaftlicher Minderheiten vertreten. Dem ist aber nicht so. Viele nehmen diese Kampfansage schlicht nicht wahr. Das ist ein Problem. Denn jene, die in ihrer Art zu leben, Politik zu betreiben oder sich kulturell auszudrücken, der AfD entgegenstehen, begreifen nicht, was gegenwärtig in der gesellschaftlichen Diskussion auf dem Spiel steht. Man erkennt das etwa daran, wie Theater und andere Einrichtungen sich anschicken, die Ideologieproduzent_innen der AfD auf ein Podium zu setzen, um, wie sie sagen, einen Dialog zu führen.²

Wer miteinander redet, der prügelt sich nicht. Das war früher bei uns auf dem Schulhof der Leitsatz bei den Streitschlichter_innen. Lässt sich das übertragen auf eine gesellschaftliche Situation, in der wir allenthalben von einer Polarisierung in der Gesellschaft sprechen oder von einem Riss, der angeblich oder tatsächlich nicht mehr zu kitten ist? Zahlreiche gesellschaftliche Akteure fordern jedenfalls, man müsse diesen Riss durch eine Dialogoffensive mit all jenen kitten, die Sorgen, Nöte, Ängste, aber auch handfeste Resentiments äußern.

Bevor wir diese Frage beantworten können, müssen wir uns vor Augen führen, wie strategische politische Kommunikation funktioniert. Mit bewusst provokativen Begriffen und Themen will die AfD alle politischen Wettbewerber_innen und die Medien dazu

1 Zum rechten Antimodernismus vgl. Stefan Breuer: *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945*, Darmstadt 2001.

2 Zum Beispiel das Theater Magdeburg, vgl. Christoph Richter: *Gefährlicher Flirt mit den Rechten*, in: *Deutschlandfunk Kultur*, 1.12.2016, unter: http://www.deutschlandfunkkultur.de/theater-magdeburg-laedt-kubitschek-ein-und-aus.1013.de.html?dram:article_id=372906.

bringen, ihrer Themensetzung zu folgen. Dies führte in der Vergangenheit dazu, dass die AfD mit ihren Themen deshalb permanent in den Medien war, weil politische Wettbewerber_innen und die Zivilgesellschaft sich herausgefordert sahen, auf ihre Provokationen zu antworten, diese empört zurückzuweisen und sie begrifflich zu dekonstruieren. Davon profitierte die AfD, wenn auch ungewollt. Denn wie in der Werbung gilt in der politischen Kommunikation der Satz: Negative Propaganda kann unter Umständen in dem Sinne positive Propaganda sein, in dem die Gegner_innen der AfD unfreiwillig dabei helfen, mit ihren Themen im Gespräch zu bleiben. Offenbar gibt es eine Art Belohnungssystem für die Kommunikationsstrategie der AfD, das das Ziel des Dialogs – also der Annäherung durch das Gespräch – in der Wirkung in sein Gegenteil verkehrt.

Ähnlich verhält es sich mit den bewussten Tabubrüchen. Ob Björn Höcke eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert oder Frauke Petry die Rehabilitierung des Begriffs „völkisch“ verlangt; immer geht es der AfD darum auszuloten, wie weit sie gehen kann, ohne dass ihre Inhalte – nicht nur ihre Rhetorik – in der Öffentlichkeit wirklich kritisch hinterfragt und nicht nur als moralisch unlauter abgewertet werden.

Dialogbereitschaft über rechtspopulistische Inhalten zu signalisieren, ohne eine Vorstellung von den politischen Zielen und Methoden der AfD zu haben, führt in eine Sackgasse. Es scheint vielmehr sinnvoll, bei jeder politischen Provokation der AfD im Parlament oder in den Medien zu prüfen, ob eine Äußerung tatsächlich eine inhaltliche Grenzüberschreitung darstellt, oder ob es sich um eine kalkulierte Provokation handelt, die eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht lohnt.

Wenn man sich die Diskursstrategie der Neuen Rechten anguckt, dann bemerkt man schnell, dass sie eine sehr klare Idee davon haben, was sie gerne verändern möchten. Sie wollen die Begriffe ändern, sie wollen die Themen setzen, und sie wollen die Definitionsmacht über alle gesellschaftlichen Handlungsbereiche in der Frage erlangen: Was ist sagbar in einer Gesellschaft, und wer muss schweigen? Anders gesagt, wenn die AfD in der Lage wäre, das politisch-kulturelle Setting in einem Land zu bestimmen, dann müssten bestimmte gesellschaftliche Gruppen dort schweigen. Das sollte man sich als erstes vor Augen führen bei der Frage: Wen lädt man zu einem Gespräch ein? Es geht dabei nicht um eine scholastische Diskussion, sondern es geht um Macht.

Der zweite Punkt ist: Findet denn in einer Auseinandersetzung mit den Ideologieproduzent_innen der AfD eine wirkliche Diskussion statt, oder ist es doch eher ein Monolog, wie bei den Zeugen Jehovas? Diese klingeln am Sonnabend mittags bei Ihnen an der Tür, haben die heilige Schrift aufgeschlagen und sagen: Die Welt wird zweifelsohne untergehen. Wenn Sie dann den Fehler machen, die Dame und den Herren zu sich einzuladen, dann werden Sie nach einer Viertelstunde merken, dass der argumentative Output dem einer Schellackplatte gleicht: Irgendwann kehren sie zum Anfang zurück, nämlich zum zweifelsohne bevorstehenden Weltuntergang. Hier gibt es durchaus eine Parallele zur AfD, die sagt, sie sei die letzte evolutionäre Chance für Deutschland. Die Frage ist, ob es sinnvoll ist, sich mit solchen Leuten auf ein öffentliches Podium zu setzen. Wenn Sie sich solche Leute zu einem Küchengespräch einladen, mag das gehen. Aber mit politischen Akteuren, die ein geschlossenes Weltbild haben, das ähnlich wie bei den Zeugen Jehovas gegen Einsprüche von außen relativ immun ist, kommen Dialoge schnell an ein Ende. Oder um es mal mit einem berühmten Zitat von Heinrich Mann zu sagen: Ich kann mich nicht mit Leuten an einen Tisch setzen, die behaupten, dass der Tisch, an dem ich sitze,

kein Tisch, sondern ein Ententeich ist, und die von mir verlangen, dass ich ihnen zustimme.³

In Sachsen-Anhalt hat die AfD nicht zehn Prozent, nicht zwölf Prozent, nicht 17 Prozent, sondern fast 25 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Das heißt, diese Partei ist die zweitstärkste Kraft im Parlament und durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche. Es gab eine Reaktionsform der Gesellschaft darauf, nämlich indem man sagte: Wenn 25 Prozent der Bevölkerung die AfD wählen, dann ist es offenkundig, dass diese Wählergruppe mehr Aufmerksamkeit braucht. Hier ist eine Bevölkerungsgruppe, die nicht gehört. Nach dem Wahlerfolg der AfD war in Medien und Politik so etwas wie eine rhetorisch-inhaltliche Annäherung an die Thesen und an die Sprechformen der AfD zu beobachten. Das hielt einige Monate an. Um es konkret zu sagen: Das hielt solange an, bis die AfD in Sachsen-Anhalt dazu überging, alle Begriffe, die wir aus der Sprache des Dritten Reiches kennen und die mit V anfangen, zu reaktualisieren: Volksgemeinschaft, Wucherungen am Volkskörper ... Das ist der Tonfall, der jetzt im Parlament, aber auch darüber hinaus herrscht.

Wenn ich einen offenen Dialog anbiete, muss ich mich nicht wundern, wenn ich in eine Situation gerate, in der ich nicht mehr Herr der eigenen Theaterinszenierung bin. Wenn ich also die AfD einlade, mit mir Hamlet zu inszenieren, dann wird dieses Stück irgendwann in der Islamisierung Dänemarks enden und nicht dort, wo es nach shakespeare'scher Vorlage endet. All jene, die sich darauf vorbereiten, sich mit den Ideologieproduzent_innen der AfD öffentlich im Fernsehen oder im Theater hinzusetzen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass diese Auseinandersetzung nicht gewonnen werden kann, sondern dazu beiträgt, völkisch-rassistische Inhalte salonfähig zu machen und ihre Reichweite zu erhöhen.

Die AfD wiederholt beständig das Muster von Provokation und Tabubruch. Wir sind dadurch in der Debatte, was ist sagbar und was ist nicht mehr sagbar, an einem Endpunkt angekommen. Das ist für die AfD in gewisser Weise ein Problem. Was können sie denn jetzt noch fordern? Nachdem die Rehabilitierung des Begriffs des Völkischen, nachdem die chemische Kastration von Flüchtlingen schon gefordert wurde, was könnte man denn jetzt noch fordern? Wir haben es mit einer völligen Entgrenzung des Sagbaren im Namen der Meinungsfreiheit zu tun.

Über dieses Wechselverhältnis gilt es neu nachzudenken: Wo sollten die Grenzen des Sagbaren liegen, aber wo sollten auch Grenzziehungen liegen, die Gegenstimmen wieder hörbar machen? Das nehme ich zumindest in dem öffentlich-medialen Betrieb in Sachsen-Anhalt als ein Problem wahr, wenn gesellschaftliche Institutionen so sehr darauf fixiert sind, einer bestimmten Wählerklientel immer wieder Dialogangebote zu machen, dass sie darüber jene vergessen, die im Schatten der öffentlichen Wahrnehmung stehen und die keine Möglichkeit haben, auf Podien, in Theatern oder in Talkshows ihre Meinung zu sagen.

Die AfD inszeniert sich als Außenseiterin des politischen Diskurses, während sie sich gleichzeitig der Instrumente der Mediengesellschaft und der politischen Publizität bedient. Das ist ein Nexus, den man verstehen muss, um ihn durchbrechen zu können. Ich vermag nicht einzusehen, warum es keine Talkshow, kein Podium mehr gibt, das nicht ohne eine Vertreterin oder einen Vertreter der AfD auskommt. Schon Thilo Sarrazin war

³ Das Zitat stammt aus Erinnerungen des Schriftstellers Alfred Kantorowicz, vgl. Kantorowicz berichtet, in: Die Zeit, 12.9.1957, unter: <http://www.zeit.de/1957/37/kantorowicz-berichtet>.

ein Meister dieser Logik: Ich habe zwar ein Buch geschrieben, das sich millionenfach verkauft, aber ich darf meine Meinung nirgendwo sagen.

Um diesen Kulturkampf von rechts zu verstehen, müssen wir zwei Dinge auseinander halten. Nämlich einerseits die Form politisch-strategischer Kommunikation, also komplexe Sachverhalte zu personalisieren, Sachverhalte zu reduzieren, zu emotionalisieren und mit Ressentiments aufzuladen – das ist die Vorgehensweise, rechtspopulistische PR. Das ist zu unterscheiden von der Inhaltsebene, von der völkisch-nationalistischen Ideologie, die die AfD inzwischen vertritt. Ich kann nicht mehr erkennen, dass sich bei den Inhalten konservative oder liberale Elemente finden lassen. Man muss sich nach diesem taktischen Wechselspiel um die Frage, ob Björn Höcke aus der Partei ausgeschlossen werden oder ob man ihm die Kaiserkrone am Fuße des Kyffhäusers antragen sollte, nicht in die Irre führen lassen. Es ist Teil des Spiels, aber die Ideologie ist klar.

Ich schlage allen, die sich mit der Frage befassen, wie ein erfolgreicher Dialog mit der AfD aussehen könnte, zunächst vor, den Vertreter_innen der AfD zuzuhören und sie darin ernst zu nehmen, dass sie ihre Reden so meinen wie sie sie halten. Wenn ein Abgeordneter in Sachsen-Anhalt im Landesparlament einen Gesetzentwurf für ein Burka-Verbot einbringt und diese Gelegenheit dafür nutzt, um eine ethnopluralistische Programm-erklärung abzugeben, in der alle Elemente neurechter Ideologie vorkommen, und wenn ich dann anschließend als Vertreter der regierungstragenden Fraktionen ans Mikrofon trete, um zu sagen: Herr Abgeordneter Tillschneider, das, was Sie hier vorschlagen, geht juristisch nicht – dann habe ich diesen Kulturkampf als Herausforderung nicht begriffen.

Diejenigen, die von der AfD als politische Feind_innen adressiert werden, sollten begreifen, dass sie in zweifacher Hinsicht angegriffen werden. Einerseits als Feministinnen, Künstler_innen, Politiker_innen, Verbandsvertreter_innen, aber andererseits immer auch gemeinsam. Um es mit einem berühmten Satz von Bertolt Brecht zu sagen: Wenn die Wahrheit zu schwach ist, um sich zu verteidigen, muss sie zum Angriff übergehen.⁴ Diejenigen, die von der AfD auf ganz unterschiedlichen Ebenen angegriffen werden, müssen sich vor Augen führen: Welche Möglichkeiten gibt es denn? Ein Austausch von Argumenten wird bei der politischen Verfasstheit der AfD meiner Ansicht nach keine neuen Erkenntnisse bringen.

Wer diesen Kulturkampf führen will, muss sich bewaffnen, weil die Gegenseite nämlich mit mächtigen Waffen kämpft. Und es gibt durchaus Waffen, mit denen man sich rüsten könnte. Wir haben reichhaltige kulturelle und politische Traditionen in den Regionen, wir sollten widersprüchliche Interventionsformen von Kunst und Theater, von gesellschaftlichen Interessengruppen als Wert an sich begreifen und offensiv verteidigen. Wir sollten uns erst gar nicht auf Identitätsdebatten einlassen, die darauf hinauslaufen, dass am Ende immer eine Liebeserklärung an das Brandenburger Tor stehen muss.

Wer diesen Kulturkampf von rechts begreifen will, sollte sich nicht fixieren auf die Frage, was schreibt die AfD in ihrem Programm, sollte sich nicht fixieren auf die Frage, welchen Hammer holt Björn Höcke im Bundestagswahlkampf raus, sollte sich nicht fixieren auf die Frage, welche Provokationen versucht die AfD im politisch-medialen Betrieb zu setzen. Wir sollten uns konzentrieren auf eine umfassende gesellschaftspolitische Herausforderung durch eine neurechte Bewegung, die alle Grundlagen, auf denen wir, zweifelsohne fragmentiert und gebrochen, in dieser Gesellschaft stehen, infrage stellt und revidieren

4 Vgl. Bertold Brecht: *Leben des Galilei*. Schauspiel, Frankfurt am Main 1998, S. 38.

will. Wenn man das begreift, wird man in der Lage sein, sich mit den Waffen des Lichts mit der AfD auseinanderzusetzen. —

Was ist besonders am antimuslimischen Rassismus rechter Argumentationen?

Die Alternative für Deutschland (AfD) fällt mit antimuslimischen Positionen auf: Ihre Politiker_innen halten „den Islam“ für unvereinbar mit „deutschen“ Werten und warnen vor einer „Islamisierung“ Deutschlands. Aus einer rassismuskritischen Perspektive sind die Grenzen zwischen offen rassistischen Äußerungen und dem gesellschaftlich weit verbreiteten und kulturell tradierten antimuslimischen Alltagsrassismus fließend. Es stellt sich die Frage nach dem Besonderen der aktuellen Entwicklungen.¹

Rassismustheorien verstehen Rassismus weder als bloßes Vorurteil Einzelner noch als genuines Merkmal rechter Gruppierungen. Vielmehr ist Rassismus ein soziales und gesellschaftliches Machtverhältnis. Rassismus argumentiert aus der Perspektive vermeintlicher oder tatsächlicher Differenzen zwischen Menschen, indem er Einzelne zu Gruppen formiert und homogenisiert („sie sind alle gleich“), essentialisiert („weil ihre ‚Rasse‘, Ethnie, Kultur, Religion so ist“), dichotomisiert („sie sind anders als wir“) und hierarchisiert („sie sind unemanzipiert, irrational, unterentwickelt, unzivilisiert, ...“). Dieser Prozess wird Othering genannt. Es geht in der Rassismuskritik nicht darum, Differenzen zwischen Menschen zu negieren – wir sind alle verschieden und teilen gleichzeitig in verschiedenen Konstellationen spezifische Erfahrungen, die es rechtfertigen, sich in konkreten Kontexten mit Menschen zusammenzuschließen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sich ihnen weniger fremd zu fühlen als anderen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Erfahrungen auch dieser Menschen bezüglich anderer gesellschaftlicher Positionierungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bedeutung von Geschlecht, Sexualität, Klasse, Körper, Alter usw. Gesellschaftliche Positionierungen und damit zusammenhängende Erfahrungen verbinden Menschen miteinander und trennen sie voneinander, sie können sich im Laufe der Zeit oder von Ort zu Ort verändern und auch widersprechen. Es handelt sich dabei nicht um Personenmerkmale, die ihnen aufgrund ihrer „Rasse“, Ethnie, Kultur, Religion und der anderen Dimensionen anhaften und sie unwiderruflich prägen, sondern um gesellschaftliche Verhältnisse und Platzierungen, die Identitäten hervorbringen und in denen Identitäten ausgehandelt und transformiert werden. Differenzen zwischen Menschen sind demnach historische und gesellschaftliche Differenzierungen. Im Unterschied dazu gründet die Strategie des Othering auf ethnischen, kulturellen und religiösen Differenzierungen, die als Differenzen *a priori* diskursiviert werden: In Repräsentationsverhältnissen werden Stereotype zu Evidenzen erhoben und in Institutionalisierungsprozessen Routinen geschaffen, die auch ohne offen rassistische Begriffe und Argumentationen Ausschlüsse rechtfertigen. Dieses gesellschaftlich hervorgebrachte „Wissen“ über „die Anderen“ dient dazu, gesellschaftliche Verhältnisse zu legitimieren, die einige Personen(gruppen) privilegieren und andere diskriminieren, sie als dazugehörig oder als fremd markieren.²

1 Es handelt sich bei diesem Beitrag um eine gekürzte Fassung von: Iman Attia: Was ist neu und was rechts am antimuslimischen Rassismus extrem rechter Argumentationen?, in: Mechthild Gomolla/Marlene Menk/Ellen Kollender (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland – Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen, Weinheim 2017 i. E.

2 Vgl. zur Einführung: Mark Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, Bielefeld 2004, sowie: Birgit Rommelspacher: Was ist eigentlich Rassismus?, in: Claus Melter/Paul Mecheril (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach am Taunus 2009, S. 25-38.

Rassismus ist als Gesellschaft strukturierendes Verhältnis zu verstehen, das performativ hervorgebracht wird und in dessen Diskurse und Politiken die Subjekte verstrickt sind. Als Diskurs im Sinne einer Praxis bringt Rassismus immer wieder neu allgemeines Wissen und unhinterfragte Wahrheiten hervor, beansprucht Gültigkeit, wird handlungsleitend und in Normen, Regelungen, Repräsentationsverhältnissen und Politik artikuliert und wirksam.³ Unter Rassismus werden also nicht nur feindliche, ausgrenzende, gewalttätige Formen verstanden, sondern ebenso subtilere Formen der Diskriminierung in Gestalt freundlich erscheinender, gleichwohl machtvoller Grenzziehungen zwischen „uns“ und „den Anderen“, die mit sozialen Positionierungen einhergehen und segregierende Effekte haben, ohne zwangsläufig handgreiflich zu werden oder vorsätzlich böswillig zu sein.

Die Rede von der „Banalität des Rassismus“, wie Mark Terkessidis⁴ seine Studie betitelt, verweist darauf, dass Rassismus nicht auf Rechtsextremismus beschränkt ist, obgleich Rassismus ein zentraler Aspekt rechtsextremer Argumentationen ist. Während Rassismus alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen betrifft, „ist der Rechtsextremismus ein politisches Einstellungsmuster, das auf die politische Verfasstheit der Gesellschaft abzielt“, so Birgit Rommelspacher.⁵ Rechtsextreme Vorstellungen von Gesellschaft gründen auf einer vermeintlich natürlichen Hierarchie zwischen „Rassen“/Kulturen/Religionen (sowie Geschlechtern und Sexualitäten), ihr Bezugspunkt ist „die auf einer gemeinsamen Abstammung basierende Volksgemeinschaft“.⁶ Insofern versucht der Rechtsextremismus, rassistische Argumentationen und Strukturen nicht zu verdecken oder zu rechtfertigen, sie sind ihm programmatisch eingeschrieben.

Im Unterschied dazu befinden sich Positionen eines strukturell verankerten, hegemonialen gesellschaftlichen Rassismus stets in Legitimationskrisen: Sie folgen einem egalitären Menschen- und Gesellschaftsbild und befürworten die demokratische Verfasstheit moderner Gesellschaften. Dabei blenden sie aus, dass die europäischen Nationengründungen und die europäische Moderne historisch auf Rassismus in seinen verschiedenen Formen aufbauen und seitdem beständig aktualisiert werden. Der Widerspruch zwischen dem Selbstbild und der Wirklichkeit wird aufgehoben, indem offen rassistische Argumentationen in paternalistische, zivilisierende oder exotisierende übersetzt werden. Hegemoniale rassistische Positionen finden in diesen Formen ihren Ausdruck.

Der Rechtspopulismus wiederum changiert zwischen programmatischen und rechtfertigenden Argumentationen: Rechtspopulist_innen beziehen sich zwar positiv auf direkte Demokratie, begrenzen diese aber durch völkische Ideologien. Die Gleichzeitigkeit neoliberaler Positionen, die Menschen nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit bemisst, und nationalkonservativer Werte, die Menschen nach den Kriterien von Geschlecht und Sexualität sowie der Intersektion von „Rasse“, Nation, Kultur und Religion in eine als natürlich imaginierte Ordnung bringt, bietet sowohl hegemonial-rechtfertigenden als auch offen-programmatischen Argumentationen eine politische Heimat. Der Rechtspopulismus argumentiert mit „Volkes Stimme“ und „gesundem Menschenverstand“ und setzt sich für die Wiederherstellung einer „natürlichen Ordnung“ ein. Er fordert direkte Demokratie *weißer*, deutscher, christlich(-säkular)er Bürger_innen und die uneingeschränkte Meinungsfreiheit dieser – auch dann, wenn durch sie Minderheiten verletzt, verunglimpft

³ Vgl. Stuart Hall: *Rassismus und kulturelle Identität*, Hamburg 1994.

⁴ Mark Terkessidis: *Die Banalität des Rassismus*, Bielefeld 2004.

⁵ Birgit Rommelspacher: *Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2002, S. 132.

⁶ Ebd.

oder geschädigt werden. Minderheitenrechte und Schutz vor Diskriminierung kommen darin ebenso wenig vor wie das Aushandeln und Aushalten unterschiedlicher Positionen und Interessen jenseits des als homogen *weiß*-deutsch-christlich definierten „Volkskörpers“.

Auch der Rechtsextremismus bezieht sich positiv auf das Vorrecht eines vermeintlich homogenen „Volkskörpers“, wünscht sich aber einen autoritären Führungsstil, also auch keine Aushandlungsprozesse und Volksentscheide im „eigenen Volk“. Die Grenzen zwischen Rechtsextremismus im engeren Sinne und anderen rechten Positionen verschwimmen zunehmend. Die extreme Rechte habe sich modernisiert, so Alexander Häusler und Rainer Roeser.⁷ Aktuell könne „Rechtsextremismus als Sammelbegriff für die Bündelung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden“.⁸ Zunehmend finde hierfür in der Forschung der Begriff der extremen Rechten Eingang, um „das gesamte Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen“ zusammenzufassen.⁹ Die unterschiedlichen Szenen stimmten in ihren völkisch-nationalen, rassistischen und antisemitischen Orientierungen überein, in der Ethnisierung und Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen sowie in ihrer autoritären Politikvorstellung, die das gesellschaftliche Gleichheitsprinzip ablehne und die Diskriminierung von Minderheiten rechtfertige. Die *modernisierte* Rechte argumentiere gegenüber der *traditionellen* extremen Rechten allerdings weniger offen völkisch, antisemitisch und biologistisch, sondern beziehe sich in ihrer Argumentation vielmehr auf Kategorien rund um Tradition, Kultur, Religion und Heimat. Ihre Feindbilder seien nicht mehr in erster Linie „Juden“, „Ausländer“ und „Linke“, sondern vor allem „Muslime“, „Multikulturalismus“ und „political correctness“. Anstelle der offenen Ablehnung von Demokratie und des angestrebten Systemsturzes sei nach Häusler und Roeser die „taktische Befürwortung der ‚direkten Demokratie‘“ getreten. Auch die „Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verklausulierung des Rassismus“ sei ein Merkmal der modernisierten Rechten.¹⁰ Die Übergänge zum Rechtspopulismus seien folglich fließend:

„Der Rechtspopulismus übersetzt den Nationalismus und Rassismus der traditionellen extremen Rechten in kulturell und/oder religiös umformulierte Feindbilder: die ‚schleichende Islamisierung‘, den ‚bürokratischen Moloch EU‘, die ‚Zerstörung kultureller Identität‘ durch den Multikulturalismus und die Linke als dessen ‚Steigbügelhalter‘.“¹¹

Der Rechtspopulismus verbindet rechtsextreme Positionen mit alltagsrassistischen Diskursen, die Grenzen zwischen rechtsextremen, rechtspopulistischen und alltagsrassistischen Argumentationen verwischen sich. Dies soll am Beispiel der Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, diskutiert werden.

7 Alexander Häusler/Rainer Roeser: *Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland*, Hamburg 2015.

8 Ebd., S. 22 f.

9 Ebd., S. 23.

10 Ebd., S. 22.

11 Ebd., S. 25.

„Der Islam gehört (nicht) zu Deutschland“

Auf ihrem Bundesparteitag am 30. April und am 1. Mai 2016 beschloss die Alternative für Deutschland mit großer Mehrheit die Position, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre.¹² Sie knüpft damit an eine Debatte an, die im Anschluss an die Feststellung des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in den Parteien und in der Medienöffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde. Wulff hatte gesagt: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“¹³ Auch Bernd Lucke, Volkswirtschaftler und einer der Gründer der AfD, mischte sich in diese Debatte ein. Ein gutes halbes Jahr nach der Parteigründung formulierte er „10 Thesen zum Islam“, die er den Parteimitgliedern am Reformationstag 2013 zur Diskussion stellte. Darin grenzte er Deutschland als „ein tolerantes und weltoffenes Land“ von „islamische[n] Glaubenslehren“ ab, die „gegen Grundwerte unserer Gesellschaft“ verstießen. Ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht, könne so „pauschal und undifferenziert“ nicht beantwortet werden: „Was zu Deutschland gehört, muss präzise benannt werden und sollte von Deutschland her gedacht werden.“¹⁴ Lucke konnte mit seiner Position – nicht nur in der AfD – den Begriff der „deutschen Leitkultur“ wieder etablieren. Der Begriff wird als Gegenkonzept zu „Multikultur“ verstanden und wurde in seiner aktuellen Bedeutung im Jahr 2000 durch den CDU-Abgeordneten Friedrich Merz in die Integrationsdebatte eingeführt. Er hatte zusammen mit Parteikolleg_innen gefordert, die Einwanderung zu begrenzen und Eingewanderte auf „die deutsche Leitkultur“ zu verpflichten. Im Jahr 2016 wurde „die deutsche Leitkultur“ erneut prominent zitiert, und zwar vom Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. In einer Rede unter dem Titel „Brauchen wir eine Leitkultur?“ formulierte er 10 Thesen, in denen er ausführte, dass Gesellschaften gemeinsame verbindliche Überzeugungen brauchten und „[...] es die kulturelle Orientierung ist, von der wir meinen, dass sie die Mitglieder dieser Gesellschaft verbindet und selbst diejenigen verpflichten sollte, die es nicht wissen oder nicht wahrhaben wollen“.¹⁵ „Leitkultur beansprucht nicht, überall in der Welt für alle zu gelten, sondern nur, aber natürlich, für die jeweils eigene Gesellschaft und ihre Mitglieder.“¹⁶ Lammert hob die „überragende Bedeutung von Glauben und Vernunft als den beiden Kulturen des Westens (Joseph Ratzinger und Jürgen Habermas)“¹⁷ hervor.

Einen Monat zuvor hatte die AfD in ihrem inzwischen verabschiedeten Leitantrag zum Grundsatzprogramm bereits direkten Bezug auf die „deutsche Leitkultur“ genommen, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speise: „erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt“.¹⁸ Diese Bestimmungen decken sich fast wörtlich mit jenen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des 16. Deutschen Bun-

12 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 1.5.2016, unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

13 Christian Wulff: Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, 3.10.2010, unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html.

14 Bernd Lucke: 10 Thesen zum Islam, 31.10.2013, unter: <https://genius.com/Bernd-lucke-10-thesen-zum-islam-annotated>.

15 Norbert Lammert: Brauchen wir eine Leitkultur?, 5.6.2016, unter: <https://blog.klassik-stiftung.de/norbert-lammert-leitkultur/>.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm, S. 32

destages, wonach Europa in einem „zivilisatorischen Prozess“ „seinen Kanon moderner humaner und kultureller Ideen erstritten und akkumuliert [hat]. Die inhaltlichen Quellen dieses Kanons basieren vor allem auf der griechischen Antike, dem christlichen Glauben mit seinen jüdischen Wurzeln, dem römischen Staats- und Rechtsverständnis sowie der Renaissance und dem Geist der Aufklärung“¹⁹. Ausgeblendet wird dabei, dass sich auch „die islamische Kultur“ in den gleichen historischen und geografischen Zusammenhängen aktiv bewegt hat, die drei monotheistischen Religionen über Jahrhunderte intensiv kommunizierten, sich gegenseitig beeinflussten, koexistierten, kooperierten und auch Kriege führten, so dass sowohl Gemeinsamkeiten zwischen ihnen als auch interne Unterschiede die Regel sind und jeweils in der Auseinandersetzung miteinander hervorgebracht wurden.²⁰

Demgegenüber betrachtet die AfD in ihrem Grundsatzprogramm „[d]ie Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, [...] als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen“.²¹ Die AfD verbindet sozialen Frieden mit geteilten kulturellen Werten und bindet diese wiederum an die Geschichte einer Nation. Das ihrer Position zugrunde liegende Verständnis von Kultur, Religion und Nation unterscheidet sich bezüglich ihres Essentialismus, ihrer Homogenisierung und ihrer Dichotomisierung nicht von jenem anderer Politiker_innen. Staat und Gesellschaft erscheinen darin nicht als Orte, an denen Interessen ausgehandelt und Bedürfnisse befriedigt werden, sondern als natürliche Gebilde, denen „Artenschutz“ zusteht. Als christlich imaginiert, kommt „dem Islam“ darin die Position des Fremden zu, das abgewehrt werden muss und gleichzeitig benötigt wird, um das Eigene zu konturieren. Als Platzhalter auch für andere Rassismen und Antisemitismus verbindet der antimuslimische Rassismus der AfD den besitzstandswahrenden Neoliberalismus, der Menschen nach ihrer Nützlichkeit beurteilt, mit einem völkischen Nationalkonservatismus, der eine vermeintlich natürliche Ordnung anstrebt. Auf diese Weise verknüpft er die Interessen einer elitären Wirtschaftslobby mit jenen gewöhnlicher Bürger_innen. Die Figur des „muslimischen Flüchtlings“ wird als Prototyp des Fremden entworfen, der den nationalen Wohlstand und die deutsche Identität bedrohe. Der aktuelle AfD-Spitzenkandidat und Jurist Alexander Gauland, ein ehemaliges CDU-Mitglied, hält eine „verbindliche Identität aus moralischen Prinzipien und abendländischen Traditionen“²² für wünschenswert. Gauland argumentiert, dass es „der AfD in ihrer Frontstellung gegen den Islam nicht um die Verteidigung des Christentums, sondern um die Abwehr des kulturell Fremden [gehe]. ‚Wir wollen nicht das Christentum im religiösen Sinne verteidigen. [...] Das Christentum ist dafür dann eine Metapher‘.“²³ Der Metapher des Christentums wird jener des Islams gegenübergestellt; „der Islam“ symbolisiert das Andere, Fremde, in dessen Spiegelbild das Eigene konturiert wird.

19 Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Drucksache 16/7000, 11.12.2007, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>. Vgl. dazu auch: Lars Alberth: Die Fabrikation europäischer Kultur. Zur diskursiven Sichtbarkeit von Herrschaft in Europa, Bielefeld 2013, S. 13.

20 Vgl. William Montgomery Watt: Der Einfluss des Islam auf das europäische Mittelalter, Berlin 2001 sowie Jim Al-Khalili: Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur, Frankfurt am Main 2011.

21 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm, S. 32.

22 Häusler/Roeser: „Mut“-Bürger, S. 21.

23 Markus Wehner/Eckart Lohse: Gauland beleidigt Boateng, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.2016, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-jerome-boateng-14257743.html.

Was ist also besonders am antimuslimischen Rassismus rechter Argumentationen? Verschiedene Positionen jenseits und diesseits rechter Zuordnungen beziehen sich auf das gleiche Islambild, nach welchem sich „Muslim_innen“ und „Deutsche“ kulturell grundsätzlich unterscheiden. Angesichts *dieser* Differenz verlieren Differenzen zwischen Muslim_innen bzw. zwischen Deutschen an Bedeutung. Auch suggeriert (der antimuslimische) Rassismus sowohl rechter als auch hegemonialer Provenienz, dass Menschen nur unter einer „Leitkultur“ friedlich zusammen leben könnten. Rechte und alltagsrassistische Argumentationen sind in die gleichen antimuslimischen Diskurse verstrickt. Gleichwohl können ihre Positionen unterschiedliche Formen annehmen und Effekte haben.

Die gemeinsame Verstrickung in antimuslimischen Rassismus erschwert es den etablierten Parteien, der kritischen Öffentlichkeit und der engagierten Zivilgesellschaft aber, sich von rechtspopulistischen und rechtsextremen antimuslimischen Äußerungen inhaltlich abzugrenzen und lediglich die Form, die offene Gewaltförmigkeit in den Blick zu nehmen. —

Feinbildkonstruktion der rechten Community in Facebook

Seit der zweiten Jahreshälfte 2013 entstanden in Brandenburg Facebookseiten, die den Slogan „Nein zum Heim!“ nutzen, um ihre Ablehnung von Geflüchtetenunterkünften auszudrücken. Heute gibt es im Land Brandenburg etwa 100 solcher Seiten und Gruppen.¹ Die Gruppen „Nein zum Heim in Guben“ (10.404 „Gefällt mir“-Angaben), „Nein zum Heim in Oranienburg“ (3.205 „Gefällt mir“-Angaben) und „Hütte sagt Nein! NEIN ZUM HEIM Eisenhüttenstadt“ (3.201 „Gefällt mir“-Angaben) gehören zu den beliebtesten; die meisten Gruppen, die sich zumeist auf kleine Ortschaften beziehen, weisen aktuell „Gefällt mir“-Angaben im dreistelligen Bereich auf.²

Der folgende Text ist eine exemplarische Analyse einer dieser „Nein zum Heim“-Facebookgruppen. Dafür wurden in den Monaten Februar und März 2017 die Aktivitäten der Gruppe „Hütte sagt Nein!“ beobachtet. Es wird untersucht, wie Facebook von rechtsextremen Gruppierungen genutzt wird und welche Gesellschaftsvorstellungen, die spezifisch für die rechtsextreme Facebook-Community sind, verbreitet werden. Dadurch wird gezeigt, wie die Bedeutungsrahmen³ der gesellschaftlichen Konzepte Flucht und Einwanderung bei „Hütte sagt Nein!“ entstehen, wie das Selbstbild der Gruppe erzeugt wird und wie die Feindbilder „Islam“ und „Flüchtling“ inszeniert werden.

Facebook eignet sich für politische Gruppierungen hervorragend als Mobilisierungsinstrument, um auf Aktionen aufmerksam zu machen und eigene Ideen ungefiltert zu teilen. Das Ziel der Seitenadministrator_innen ist es dabei, eine stabile und sich stetig vergrößernde Community aufzubauen. Um dies zu erreichen, müssen sie darauf achten, die Erwartungen ihrer Follower nicht zu enttäuschen; das heißt, sie müssen deren inhaltliche Erwartungen bestätigen und die Gruppe regelmäßig mit neuen und passenden Inhalten versorgen, damit es sich für die Follower weiterhin lohnt, der Seite zu folgen. Marketing-Studien zeigen, welche Vorteile Facebook Unternehmen dabei bietet, die eigene Marke erfolgreich zu machen. Die Prinzipien, die auch im politischen Marketing durch Facebook wirken, sind Bekanntheit, Einfachheit, finanzielle sowie inhaltliche Unabhängigkeit, Vernetzung, Information und Image.⁴

Das Schneeballsystem ist eine sehr schöne modellhafte Veranschaulichung der Verbreitungsdynamik von Inhalten in Facebook. Durch die Aktivitäten „Schlage diese Seite deinen Freunden vor“ und „Teilen“ dringen Inhalte aus der Fan-Community in die privaten Netzwerke der einzelnen Follower ein. Auf diese Weise vergrößert sich der Bekanntheitsgrad der Fanpage, ohne dass Seitenadministrator_innen aktiv werden oder Kosten aufwenden müssen. Zusätzlich werden den Nutzer_innen durch Algorithmen, die deren Profil auswerten, automatisch ähnliche Gruppen vorgeschlagen.

1 Vgl. Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus, Ausgabe 1, Potsdam 2017, S. 4 f., unter: http://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJGF_Mitteilungen_2017_01.pdf.

2 Stand: 26.4.2017.

3 Der Begriff „Bedeutungsrahmen“ stammt aus der Metaphernforschung. Vgl. George Lakoff/Elisabeth Wehling: Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg 2009.

4 Zu den praktischen Vorteilen vgl. Stephen K. Schuster: Emotionale Markenbindung in sozialen Netzwerken. Zur Wirkung von Interaktionen zwischen Kunde und Marke auf Facebook, Wiesbaden 2015. Zu den Möglichkeiten der Bedeutungsgenerierung in Facebook vgl. Volker Eisenlauer: Facebook als multimodaler digitaler Gesamttext, in: Nina-Maria Klug/Hartmut Stöckl (Hrsg.): Handbuch Sprache im multimodalen Gesamttext, Berlin/ Boston 2016, S. 438 ff.

Facebook zeichnet sich durch eine leicht zu handhabende und standardisierte Eingabemaske aus. Die Zeichenzahl des Textfeldes ist zwar begrenzt, aber der eigene Kommentar kann durch Bilder, Videos und Hyperlinks zu Online-Artikeln bildhaft und inhaltlich unterfüttert werden. Daher müssen die Administrator_innen nicht zwingend das Statusfeld mit selbst geschriebenen Texten ausfüllen, sie können darin ebenso lediglich für die eigene Sache als passend eingeschätzte Inhalte Dritter einbetten.

Die Nutzer_innen ihrerseits drücken mit einem „Gefällt mir“ ihre Solidarität mit den Administrator_innen aus, sie wollen ihnen ein positives Feedback geben und ihren Teil dazu beitragen, dass sich die Gruppe vergrößert. Die Community der Gruppe „Hütte sagt Nein!“ besteht folglich aus Usern, die mit der politischen Meinung der Administrator_innen einverstanden sind oder zumindest mit ihr sympathisieren. Mit einem „Gefällt mir“ werden sie Teil der Gruppe und können dadurch mittels verschiedener Kommunikationsmöglichkeiten wie der Chatfunktion gezielt und individuell Kontakt mit Gleichgesinnten aufnehmen. Es entsteht eine persönliche Bindung zwischen den Mitgliedern der Gruppe, die diese untereinander moralisch und ideell stärkt. Ein weiteres Anliegen der User ist es, über die Themen, die diese Seite behandelt, informiert zu werden. Durch die Funktion „Abonnieren“ erscheinen die geposteten Neuigkeiten der Seite automatisch im Newsfeed der Mitglieder.

„Hütte sagt Nein! NEIN ZUM HEIM Eisenhüttenstadt“ postete in den Monaten Februar und März 2017 – genauer zwischen dem 3. Februar und dem 24. März – 45 Inhalte auf der Timeline.⁵ Es handelte sich dabei entweder um Hyperlinks zu Online-Artikeln oder spezifisch rechtsextreme Memes, die von den Administrator_innen lediglich mit Hashtags (etwa #JazurAbschiebung, #NeinZurWillkommenskultur oder #grenzenSichern), einem oder wenigen Sätzen oder gar nicht kommentiert wurden.

Einen regelmäßigen inhaltlichen Austausch unterhielt „Hütte sagt Nein!“ mit der Gruppe „Nein zum Heim in Buch, Karow und Umgebung“. Die Administrator_innen sympathisierten mit der verschwörungsideologischen Gruppierung „Weimar Bewegung“ und der islamfeindlichen Initiative „Bürgerprotest Hannover“, deren Demonstrationsschilder sie in ihrem Profildrucker „Fotos“ veröffentlichten. Außerdem kommentierte „Hütte sagt Nein!“ zustimmend die Protestaktion der rechtsextremen Kleinpartei Der III. Weg am Faschingszug in Würzburg im Februar 2017 und teilte Inhalte des Bautzener NPD-Kreisvorsitzenden Marco Wruck und von dem Saarländer Michael Bütikofer, der mit der NPD sympathisiert.

Um herausarbeiten zu können, wie die Community die Bedeutungsrahmen gesellschaftlicher Konzepte herstellt, wird im Folgenden anhand ausgewählter Posts untersucht, wie in den geteilten und eingebetteten Posts Bild und Text als Zeichenmodalitäten interagieren und so die Bedeutung der Posts formen.

Mit der Modalität Schrift kann Zeitlichkeit (Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft) ausgedrückt und Kausalzusammenhänge können leichter dargestellt werden (durch Konjunktionen wie „weil“ und „oder“ sowie durch Präpositionen wie „mit“, „durch“, „gegen“). Außerdem kann die Haltung zu einem Sachverhalt relativiert und mit den unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Verbmodi (Imperativ: „Mach es!“, Konditional: „Du könntest es machen.“ oder Indikativ: „Du machst es.“) nuanciert werden.

⁵ Die 45 Posts liegen der Verfasserin als Screenshots vor.

Das Bild eignet sich besser für die Darstellung von Raum, Größenverhältnissen und der Positionierung einzelner Bildelemente zueinander (groß-klein, vorne-hinten). Außerdem prägt sich ein bildlich dargestellter Sachverhalt leichter ein. Ein Bild wird zwar ganzheitlich wahrgenommen, aber gleichzeitig gibt es Elemente, die zuerst die Aufmerksamkeit auf sich ziehen können (z.B. grelle Farben).⁶



Abbildung 1: Titelbild und Profilbild der Facebookgruppe „Hütte sagt Nein! NEIN ZUM HEIM Eisenhüttenstadt“ (Screenshot, 11.4.2017)

Als Profilbild wählten die Administrator_innen von „Hütte wehrt sich!“ ein „Wut Emoji“ mit einem „Gefällt mir nicht“-Daumen, neben dem ein überdimensionales Ausrufezeichen abgebildet ist. So wird betont, dass einige Bewohner_innen Eisenhüttenstadts nicht nur mit der Aufnahme geflüchteter Menschen nicht einverstanden sind, dies macht sie sogar wütend. Ihr „Nein“ stellt keine Aussage, sondern einen Ausruf dar. Die Gruppe richtet sich an die „Eisenhüttenstädter gegen Überfremdung“.

Bei dem Titelbild der Seite handelt es sich um eine Collage, für die mehrere Gruppenfotos zusammengesetzt wurden. Auf diese Weise wirken die einzelnen Personengruppen wie eine große Versammlung. Die Versammelten schwenken die Landesflagge Brandenburgs neben einigen Deutschlandflaggen. Es geht, so die Aussage, also um regionale sowie nationale Anliegen. Durch die Ergänzung des Schriftzugs „Eisenhüttenstadt wehrt sich“ auf einem orangenen Band entsteht der Eindruck einer Demonstration, bei der die Menschen auf den Fotos die erste Reihe hinter einem Banner bilden. Das „Ü“ in Eisenhüttenstadt ist wie ein Logo überdimensional groß geschrieben, möglicherweise um sich von den zahlreichen brandenburgischen „Nein zum Heim“-Gruppen in Facebook abzuheben. Damit markiert bereits der Großbuchstabe als Erkennungsmerkmal die rechtsextreme Kausalität, die Strategie und das politische Ziel der „Nein zum Heim“-Gruppe, die wie folgt skizziert werden können: Sollten in jeder Stadt Deutschlands genug Bürger_innen gegen

⁶ Die multimodale Text- und Diskursanalyse berücksichtigt die Leistungen der unterschiedlichen Modalitäten. Vgl. dazu Nina-Maria Klug: Multimodale Text- und Diskurssemantik, in: Klug/Stöckl: Handbuch, S. 165 ff. sowie Hartmut Stöckl: Multimodalität – Semiotische und textlinguistische Grundlagen, in: ebd., S. 13 ff.

Geflüchtetenunterkünfte mobilisiert werden können, gäbe es keinen Ort in Deutschland, wohin Geflüchtete gehen könnten. Diese Denkweise und die Taktik des flächendeckenden Protests definieren implizit auch die politischen Gegner_innen solcher Gruppen. Als solche gelten demnach Personen, die sich für Geflüchtete engagieren und ihnen helfen, in Deutschland anzukommen. Neben den Fahnen sind im Hintergrund zusätzlich die Worte „Aufwachen. Kämpfen“ abgebildet. Die Seitenadministrator_innen äußern damit, wie sie vorgehen möchten, um ihr Ziel eines „ausländerfreien Deutschlands“ zu erreichen. Der Kampf wird aus einer vermeintlichen Defensive geführt, man „wehrt sich“ gegen eine Bedrohung, die für die Community die bereits erfolgte „Überfremdung“ Eisenhüttenstadts darstellt.

Angesichts der Inhalte mag es für Außenstehende zynisch wirken, dass als Statuseintrag der Gruppe „Gemeinnützige Organisation“ gewählt wurde. Dies ist jedoch durchaus ernst gemeint. „Hütte sagt Nein!“ begreift ihr Ziel, gemeinsam mit allen wütenden Menschen in Eisenhüttenstadt, Brandenburg und Deutschland gegen „Überfremdung“ zu kämpfen, als der Allgemeinheit dienend.



Abbildung 2: Facebookpost der Gruppe „Hütte sagt Nein!“ vom 3. Februar 2017 (Screenshot, 11.4.2017)

Ein Post vom 3. Februar warb für eine Demonstration, und zwar eine „Gute-Heimreise-Abschiedskundgebung“, die am 4. Februar in Guben am Hochhaus in der Goethestraße stattfinden sollte. Das Bild zeigt einen dunklen Raum, dessen weiße Tür weit offen steht und so den Blick auf ein hellblaues Meer und eine in der Ferne liegende Insel freigibt. Über dem Blau schweben arabische Schriftzeichen in weißer Farbe, die immer kleiner werden und an Qualmwölkchen einer Dampfisenbahn erinnern.⁷ Hier wird das Weggehen arabischer Geflüchteter visualisiert, denn die am Horizont verschwindenden Schriftzeichen bedeuten sinnbildlich die immer leiser werdende Sprache der Weggehenden. Flucht vor Armut und Krieg wird in dem Bild als Reise konnotiert. Der Gruß „Gute Heimreise“ sagt explizit aus, dass Deutschland für Geflüchtete kein Heimatland ist, denn die Reise geht zurück „nach Hause“.

In dem Raum rechts neben der Tür sind Habseligkeiten einer geflüchteten Familie abgebildet: ein Koffer, ein prall gefüllter Rucksack, ein Wandteppich, ein Familienporträt und eine eingerahmte schwarze Fahne mit weißer Schrift, die wohl an das Banner der Organisation Islamischer Staat (IS) erinnern soll und als Wohnzimmerdekoration die-

⁷ Es handelt sich um die Buchstaben „E“ und „F“.

nen könnte.⁸ Auf dem Familienporträt ist eine schwarz verummte Frau zu sehen. Der Stoff bedeckt ihren Mund, nur ihre Nase und die Augen sind zu erkennen, wodurch eine Unterdrückung der muslimischen Frau symbolisiert werden soll. Mit der Fantasie-Fahne und der Verschleierung, deren Form ebenfalls frei erfunden ist, werden Muslim_innen als islamistische Fanatiker_innen inszeniert. Die Anrede „Du“ vermittelt, dass geflüchtete Menschen nicht gleichwertig sind, denn die Höflichkeitsform gilt für sie nicht. Die Bezeichnung „Flüchtling“ ist wegen der Endung „-ling“ ausschließlich maskulin konnotiert und wird negativ und diminuierend verwendet. Man könnte deswegen erwarten, dass in dem Bild eine männliche Figur zu finden ist, an die sich die Ansagen richten, aber außer dem Porträt einer unkenntlichen Frau mit zwei kleinen Kindern im Arm, das zudem noch schräg abgestellt wurde, ist kein Mensch zu sehen. Geflüchtete, die muslimischen Glaubens sind, werden damit zu „Islamisten“ stereotypisiert, indem „*der Flüchtling*“ stellvertretend für die so konstruierte Gruppe angesprochen wird.

Das politische Konzept der Heimatliebe gibt dieser Bild- und Schriftkombination ideologische Rechtfertigung. In Imperativform wird gefordert, „*der Flüchtling*“ solle nach Hause gehen, mit der Begründung „...dein Land braucht dich“. Außerdem gäbe es keinen Grund mehr, sich weiter in Deutschland aufzuhalten, denn: „Der Krieg ist vorbei.“ Die Botschaft, die damit vermittelt wird, ist, dass geflüchtete Menschen nur in Deutschland geduldet werden, solange Krieg in ihrer Heimat herrscht. Nach einem Kriegsende in Deutschland bleiben zu wollen, ist für die Administrator_innen von „Hütte sagt Nein!“ unmoralisch. Tatsächlich drückt die Aussage „Dein Land braucht dich“ die Vorstellung aus, vor Krieg geflohene Menschen sollten „ihrem Heimatland“ dienen und sich um dessen Wiederaufbau kümmern. Nicht zurückzukehren hieße diesem Gedanken folgend, keine Fürsorge für das eigene Zuhause zu empfinden und egoistisch zu sein, denn man überlasse das Schicksal des Landes den Dortgebliebenen und entziehe sich seiner Verantwortung.

Das, was die Administrator_innen von „Hütte sagt Nein!“ mit dem Post vom 3. Februar mitteilen, ist folglich mehr als die Werbung für eine Kundgebung. Die Bedeutung lässt Rückschlüsse auf ihre Weltsicht zu: *Es ist gut für alle, wenn die Flüchtlinge wieder gehen. Es ist gut für uns Deutsche, weil sie ihre frauenfeindliche Kultur und gefährliche Religion wie einen Rucksack oder Koffer wieder mitnehmen werden. Wir verstehen ihre Sprache nicht, und wir kennen den Ort, von dem sie kommen, nicht. Eine Abschiebung ist auch gut für die Flüchtlinge und ihre Heimatländer, denn sie werden dort und nicht in Deutschland gebraucht.*

Daraus ergibt sich eine simple Schlussfolgerung: *All diejenigen, die hier in Deutschland bleiben, sind gefährliche Islamisten, Landesverräter und Feiglinge. Wenn wir gegen sie aktiv werden, dann schützen wir damit Deutschland, denn wir gehen gegen moralisch schlechte Menschen vor.*

Am 22. Februar teilte „Hütte sagt Nein!“ einen Online-Artikel der Märkischen Oderzeitung (MOZ) mit dem Titel „18 000 Strafverfahren gegen Flüchtlinge eingeleitet“ von Henning Kraudzun und kommentierte diesen mit dem Satz „Unsere Fachkräfte!“. In der Timeline ist neben der Überschrift noch der Satz zu lesen: „Gleich 18.000 Strafverfahren hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) gegen Flüchtlinge eingeleitet, die 2015 ins

8 Auf dem abgebildeten Banner steht in arabischer Schrift das Datum 4. Februar 2017, an dem die Kundgebung in Guben stattfinden soll. Auf der vom IS und anderen islamistischen Gruppierungen genutzten schwarzen Flagge steht üblicherweise der Beginn des islamischen Glaubensbekenntnisses („Es gibt keinen Gott außer Gott, und Mohammed ist der Prophet Gottes.“).

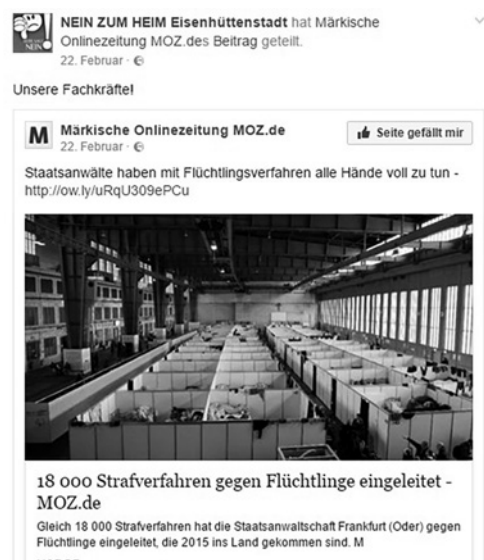


Abbildung 3: Von der Gruppe „Hütte sagt Nein!“ geteilter und kommentierter Facebookpost der Märkischen Oderzeitung (MOZ.de) vom 22. Februar 2017 (Screenshot, 11.4.2017)

Land gekommen sind“.⁹ Die Überschrift und der Zweizeiler werden mit einem Foto ergänzt, auf dem Quartiere geflüchteter Familien in einer Notunterkunft in einem Hangar des ehemaligen Flughafens Berlin-Tempelhof zu sehen sind.

Durch die Bildperspektive wird auf die sehr eng aneinandergereihten „Wohnboxen“ von schräg oben herabgesehen. Es ist nicht erkennbar, dass hier Menschen leben sollen, stattdessen erinnert die nüchterne Halle, die durch weiße, dünne Modul-Trennwände in identische Quadrate unterteilt wird, eher an eine Anlage für industrielle Massentierhaltung oder an ein Treibhaus. Das Foto löst bei community-fremden Betrachter_innen vermutlich Entsetzen darüber aus, dass Menschen wie Tiere eingepfercht leben müssen, auf die Administrator_innen von „Hütte sagt Nein!“, die das mit den Worten „Unsere Fachkräfte!“ kommentieren, hat das Bild eine andere Wirkung. Es liegt also bei der Darstellung

der Unterbringung eine Ähnlichkeit mit der von Massentierhaltung oder einem Treibhaus vor, dementsprechend werden Ähnlichkeiten mit den Bedürfnissen geflüchteter Menschen und denen von Tieren oder Pflanzen hergestellt. Die Schrift-Bild-Kombination, die die Lebenssituation Geflüchteter anspricht, übt auf die Rezipient_innen eine entmenschlichende Wirkung aus. Wird das nun im Kontext der rechtsextremen Seite „Hütte sagt Nein!“ gelesen, so ergibt sich folgende Sicht: *Warum beklagen sich denn die Flüchtlinge? Sie sollen doch froh sein, dass sie überhaupt hier sein dürfen und wir ihnen Platz zugestehen.* Diese Art der im MOZ-Artikel verwendeten Bildsprache wird daher von den Administrator_innen von „Hütte sagt Nein!“ dankbar aufgegriffen und trägt so zur rechtsextremen Meinungsmache in Facebook bei.

Die drei vorgestellten Posts sind exemplarisch für die insgesamt 45 Inhalte der Monate Februar und März; die Aktivitäten der Gruppe „Hütte sagt Nein!“ beschränkten sich während dieser Zeit darauf, Eingewanderte als schmutzig, kriminell, fanatisch, nutznießerrisch, gewalttätig und pervers, kurz als moralisch verwerfliche Individuen zu inszenieren. Die durch die Analyse abgeleitete rechtsextreme Ideologie besteht aus wenigen, immer ähnlich dargestellten Akteuren und Gesellschaftskonzepten, die mit einer sehr simplen Kausalkette miteinander verknüpft werden. Aufgrund der verwendeten Symbolik und aufgrund der Veröffentlichung einseitiger Inhalte kann „Hütte sagt Nein!“ eindeutig als rechtes Hetzportal eingestuft werden. Falls bei den Usern, die diese Seite geliked oder abonniert haben, bereits eine rechtsextreme Weltanschauung vorlag, so wird diese durch das ständige Wiederholen derselben Argumentationsmuster gestärkt, während alternative Sichtweisen auf die thematisierten Akteure und Sachverhalte auf Dauer verdrängt werden. Damit trägt diese Facebookseite definitiv zu einer politischen Radikalisierung bei. —

⁹ Die Behörden waren 2015 mit der Registrierung der zahlreichen Geflüchteten, die in dem Jahr Deutschland erreichten, überfordert. In dem Artikel wird geschildert, dass der Frankfurter Oberstaatsanwalt Ulrich Scherding im Februar 2017 Ermittlungsverfahren mit dem Ziel einleitete, die Identitäten und Wohnorte von etwa 18.000 in das Land Brandenburg eingereister Geflüchteter festzustellen.

Die Identitäre Bewegung und der Kulturkampf von rechts

Die Identitäre Bewegung wird gnadenlos überschätzt. Verlässlich werden die Identitären derzeit immer dann als Exempel präsentiert, wenn über Rechtsextremismus gesprochen und geschrieben wird: Das ist die neue, die kommende Generation, gut organisiert und geschickt im Auftreten. Dabei sind die deutschen Identitären tatsächlich nur eine kleine Truppe. Sie selbst drucksen nicht ohne Grund herum, wenn sie nach Mitgliederzahlen gefragt werden: „So ungefähr plus-minus 500, im weiteren Rahmen“ habe man hinter sich versammelt, erzählte im September 2016 ein Protagonist.¹ Behörden schätzen die Mitgliederzahl auf 300 bis 400. Die Wochenzeitung Die Zeit zählte kürzlich ganz genau durch und kam auf einen Kern von gerade einmal 100 Aktiven – deutschlandweit.² Muss man eine Organisation, die in den fünf Jahren ihres Bestehens nur ein paar Dutzend Mitglieder gewinnen konnte, überhaupt ernst nehmen?

Ja, das muss man. Für die Gruppe ist es von nur geringer Bedeutung, wie viele Personen sie organisieren kann. Die Identitäre Bewegung ist nämlich keine Bewegung, sondern eine Kaderorganisation und soll als Propagandaagentur im Sinne der extremen Rechten wirken. Der pure Fakt, dass es den Identitären zurzeit gelingt, Schlagzeilen zu machen, gibt ihnen aus ihrer Sicht recht: Ihre politische Werbung wird wie gewünscht ausgeliefert, ihre Schlagworte und Parolen werden auf allen Kanälen, in allen Zeitungen, im Internet verbreitet.

In der Bundesrepublik (und analog in anderen europäischen Ländern) wird ein Kulturkampf von rechts geführt, dessen Ziel es ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen – nicht nur im politischen Regelwerk, sondern eben auch kulturell, bis tief hinein in die Mentalitäten des (über das Blut definierten) Volkes. Wann die gute Zeit war, die wiederhergestellt werden soll, bleibt dabei vage; in jedem Fall vor 1968, dem Jahr der als unheilvoll empfundenen Studentenrevolte in Westdeutschland, vielleicht aber auch vor 1789, dem Jahr der französischen Revolution. Um den Kulturkampf von rechts zu erfassen, muss man neben den Identitären vor allem die Alternative für Deutschland (AfD) erwähnen. Denn die Partei führt diesen Kampf auf parlamentarischem und parteipolitischem Terrain, während die Identitären das außerparlamentarische Pendant sind. AfD und Identitäre arbeiten gleichermaßen daran, den Rahmen des Sagbaren, des Tolerierbaren zu verschieben und so Einfluss darauf zu nehmen, was als „normal“, als „gesunder Menschenverstand“ gelten darf. Das geht beispielsweise über Begriffe, die etabliert werden und so Realitätswahrnehmungen verschieben sollen: die verzerrende Umbesetzung von „Multikulti“ und „Meinungsfreiheit“ oder die Durchsetzung von Schlagworten wie „Asylforderer“, „Schuldkult“, „Frühsexualisierung“ und so weiter und so fort.

Im August 2016 kletterte ein Dutzend Identitäre auf das Brandenburger Tor in Berlin und entrollte ein Transparent mit der Aufschrift „Sichere Grenzen – sichere Zukunft“. Das war der mediale Durchbruch für die Gruppe, die schon seit 2012 in Deutschland existiert hatte, ohne viel Aufmerksamkeit erregen zu können. Seitdem gab es immer neue Provokationen, bei denen zwar Regel- und Gesetzesverletzungen einkalkuliert waren, die

1 Compact Online: Die Identitäre Bewegung stellt sich vor, 22.9.2016, unter: <http://www.compact-online.de/video-mitschnitt-compact-live-die-identitaere-bewegung-stellt-sich-vor/>.

2 Ausdrücklich sei der Zeit-Bericht hier zur vertiefenden Lektüre empfohlen: Kai Biermann/Philip Faigle/Astrid Geisler/Karsten Polke-Majewski/Martin Steinhagen: Die Scheinriesen, in Die Zeit, 26.4.2017, unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/identitaere-bewegung-rechtsextremismus-neonazis-mitglieder/komplettansicht>.

bislang aber überwiegend gewaltfrei blieben. Zu nennen ist etwa eine kurzzeitige Protestaktion („Blockade“) vor der CDU-Bundespartei zentrale im Dezember 2016 in Berlin. Auch in Brandenburg traten die Identitären in Erscheinung. So gab es 2016 eine Transparenzaktion vor dem Fontanedenkmal in Neuruppin. Im Oderbruch wurde ein Sommercamp mit Kampfsporttrainings ausgerichtet.³ In Potsdam verteilten Identitäre Pfefferspray an Frauen – zum „Schutz vor Migranten“; eine ähnliche Aktion erfolgte im Juli 2017 zur Gründung einer ersten brandenburgischen Ortsgruppe in der Cottbuser Innenstadt. Das Verhältnis der Identitären zur Gewalt ist taktisch geprägt und möglicherweise dabei, sich zu verändern. Eine regelrechte Debatte darüber, ob Gewalt nicht nur in der kriegerisch inszenierten Propaganda ästhetisiert, sondern auch tatsächlich eingesetzt werden sollte, ist derzeit in Gang.⁴ Im Zuge einer Demonstration am 17. Juni 2017 in Berlin durchbrachen Identitäre polizeiliche Absperrungen, überrannten eine Polizeikette, einzelne Demonstranten griffen Polizeibeamt_innen an.

Die Identitären benutzen gemeinhin das Wort „Metapolitik“, um ihre Strategie zu beschreiben. In einer Selbstdarstellung heißt es:

„Metapolitik kann auch als vorpoltischer Raum bezeichnet werden. Wir sind keine Partei oder anderweitige staatliche Institution. Wir wirken meinungsbildend im öffentlichen Raum, wo gesellschaftliche Debatten und Diskussionen stattfinden. Wir agieren auf dem kulturpolitischen Feld und wir setzen Begriffe und inhaltliche Botschaften, die den gesamtgesellschaftlichen Diskursraum umfassen. Dadurch sind wir demokratischer Akteur in einem vielfältigen politischen Spektrum und positionieren uns als eine patriotische Gegenstimme zum allgemeinen Mainstream. Durch professionelle Medienarbeit, effektive Kampagnen, ein fundiertes theoretisch-weltanschauliches Fundament, verwurzelte Kulturarbeit und subversiven sowie kreativen Aktionismus dringen wir in die linksliberalen Konsenszonen des Establishments und schaffen uns eine Bühne, um unsere Inhalte möglichst breit zu streuen.“⁵

Diese Beschreibung ist absichtsvoll irreführend, weil man nicht „dadurch“ zu einem demokratischen Akteur wird, dass man in gesellschaftliche Debatten interveniert. Die Identitären vertreten ein klar extrem rechtes Programm. Dennoch ist treffend umrissen, worin die Identitären ihre Aufgabe sehen. Die Begriffe, die sie mit ihren Aktionen in die Diskurse einspeisen wollen, werden beständig wiederholt:

- „Der große Austausch“ ist die Gegenwartsanalyse. Der Ausdruck suggeriert, dass es nicht nur eine „Überfremdung“ gebe, die von der Politik toleriert werde; viel mehr sogar – das deutsche Volk werde planvoll ausgetauscht und somit ausgelöscht.⁶
- „Defend Europe“ ist die Formel, mit der die eigene Mission umrissen wird: gegen die Bedrohung von außen müsse nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa geschützt werden.

³ Ein Überblick zum Land Brandenburg, insbesondere zur Ausstrahlungskraft der Identitären auf den gesamten Rechtsextremismus im Bundesland: Christoph Schulze: Die „Identitären“ in Brandenburg, 4.10.2016, unter: <http://aktionsbuendnis-brandenburg.de/sites/default/files/downloads/Identit%C3%A4re-Brandenburg.pdf>.

⁴ Hinweise auf diese Debatte finden sich u.a. in: Till-Lucas Wessels: Nicht der Held, den die Rechte verdient..., in: Sezession, 12.3.2017, unter: <https://sezession.de/57024/> oder Martin Sellner: Das neurechte Wäldchen, in: Sezession, 3.6.2017, unter: <https://sezession.de/57278/>.

⁵ Identitäre Bewegung Deutschland: Metapolitik, unter: <https://www.identitaere-bewegung.de/metapolitik/>.

⁶ Vgl. hierzu die neonazistische „Volkstod“-Kampagne mitsamt ihrer historischen Anleihen sowie den vor allem im US-amerikanischen Rechtsextremismus verbreiteten Slogan vom „white genocide“.

- „Reconquista“ stellt dafür eine historische Analogie bereit. So wie bis zum Ende des 15. Jahrhunderts der muslimische Einfluss von der iberischen Halbinsel zurückgedrängt wurde, solle auch heute Europa „zurückerobert“ werden.
- „Remigration“ beschreibt die politische Maßnahme: Die Menschen, die nach Ansicht der Identitären nicht hierher gehören dürfen und können, möchten sie „zurücksiedeln“ und – friedlich oder gewaltsam – abschieben. Remigration ist eine durch Latinisierung aufgehübschte Variante des staubig gewordenen „Ausländer raus“.

Solche Begriffe sollen durch ständige Wiederholung in das Bewusstsein der Menschen gebracht und damit zur Wahrheit – oder zumindest zu einer legitimen Sichtweise – gemacht werden. „Metapolitik“ ist ein Ansatz, der innerhalb der europäischen Neuen Rechten entwickelt wurde, zu der auch die Identitären zu zählen sind. Die französische Neue Rechte („Nouvelle Droite“) bediente sich dafür schon vor Jahrzehnten der Arbeiten eines Theoretikers der politischen Linken. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hatte ab 1929 in seinen „Gefängnisheften“ über „kulturelle Hegemonie“ geschrieben – darüber, dass Herrschaft nicht nur mittels Gewalt hergestellt wird, sondern auch über die Produktion von zustimmungsfähigen Ideen. Wer politische Macht anstrebe, brauche nicht nur Zugriff auf den Staat, sondern müsse zuerst gesellschaftliche Zustimmung zu den eigenen Grundannahmen hervorbringen. Der neurechte Denker Alain de Benoist griff diese Gedanken in seinem 1985 in Deutschland erschienenen Buch „Kulturrevolution von rechts“ auf.⁷

Die Neue Rechte stellt sich in die Tradition der antidemokratischen „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik und konstituierte sich in der Bundesrepublik in den 1960er-Jahren. „Neue Rechte“ ist in doppelter Hinsicht ein Gegenbegriff – gegen die „Neue Linke“ von 1967/1968 und gegen die „Alte Rechte“, womit auch der Nationalsozialismus gemeint ist. Die Neue Rechte ist in erster Linie ein Netzwerk aus radikal rechten Denkkreisen und Zeitschriften, bemüht um programmatische und ideologische Arbeit. Der Begriff der „Identität“, wie ihn die Identitären für sich reklamieren, stammt aus diesen Jahrzehnte alten Debatten und ist konkret angelehnt an die Konzeption, die der kürzlich verstorbene Henning Eichberg in den 1970er-Jahren formulierte.⁸ Zu den prominenteren Instanzen der gegenwärtigen Neuen Rechten zählen die Wochenzeitung Junge Freiheit und das Institut für Staatspolitik. Götz Kubitschek, Chef des Instituts, ist durch Auftritte bei Pegida-Demonstrationen und zahlreiche Homestorys von seinem Landsitz im sachsen-anhaltinischen Schnellroda bekannt geworden. Er fungiert, auch dank der Medienberichte, inzwischen als Gesicht der Neuen Rechten.

2007 veröffentlichte Kubitschek einen Essay über die seiner Meinung nach nötige „Provokation“ in der Politik und richtete in der Folge einige Aktionen unter dem Motto „Konservativ-Subversive Aktion“ aus. Aus den reinen Debatten heraus sollte die Neue Rechte den Schritt in den politischen Kampf wagen. Der Versuch versandete. Die Identitären sind ein neuer Anlauf. Die Neue Rechte habe bisher „nur intellektuell“ gewirkt, klagen die Identitären in einem Strategiepapier, die „Ideen wurden nie in aktuelle Propaganda umgesetzt“. Die „Lücke zwischen dem Gehirn und der Faust der Rechten“ wolle man jetzt

7 Exemplarisch dazu aktuell: Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg: Das Leuchtfeuer: Deutungshoheit / #13, 14.5.2017, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ePqXFalUCKM>.

8 Vgl. Henning Eichberg: Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München 1978.

schließen.⁹ Kein Wunder, dass Kubitschek zu den größten Fürsprechern der Identitären gehört. Was bei der Konservativ-Subversiven Aktion vor zehn Jahren scheiterte, funktioniert derzeit für die Identitären sehr viel besser, denn die Voraussetzungen dafür sind um einiges günstiger, als sie es damals waren. An die rassistischen Kampagnen gegen die „Flüchtlingsschwemme“ der Jahre 2015 und 2016 können die Identitären anschließen, und inzwischen existiert mit der AfD eine als vielversprechend wahrgenommene parlamentarische Kraft jenseits der NPD. Die Methoden der Öffentlichkeitsarbeit, die Inszenierung der Aktionen, die Internetauftritte, die Videos – die technischen Aspekte also – sind inzwischen perfektioniert. Die Identitären sind ein Dienstleister für die Bewegung, die sich rund um die „Asylkritik“ formiert hat. Auch in die Richtungsstreitigkeiten dieses Milieus sind sie eingebunden. Ihr Aufstieg kann sogar als Anzeichen einer strategischen Krise nach dem Abbröckeln der Mobilisierungen angesehen werden, als ein Versuch, eine Antwort auf das Problem kleiner werdender Demonstrationen zu geben.

Die AfD bekundet, dass es mit den vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären keine Zusammenarbeit gebe. Tatsächlich sind zahlreiche personelle Überschneidungen sowie Fälle von informellem Zusammenwirken von Identitären und AfD-Leuten dokumentiert. Vom anderen ideologischen Ende her gibt es ein Wechselverhältnis mit dem Neonazismus. Die Identitären geben zwar einerseits vor, mit Nationalsozialismus, mit Rassismus, mit Antisemitismus, nicht einmal mit Nationalismus etwas zu tun zu haben. Andererseits gehörten viele führende Identitäre zuvor neonazistischen Gruppierungen an, und es gibt einen nicht zu unterschätzenden Einfluss von Personen aus extrem rechten bündischen Zusammenhängen. Eine Durchsicht der programmatischen Texte der Identitären ergibt: Vertreten wird kein Nationalsozialismus, jedoch härtester Nationalismus, deutlich ins Faschistische neigend, in jedem Fall erfüllt von einer rechtsradikalen Wut auf die Verhältnisse, auf die Menschenrechte und den Wertekanon der Aufklärung, auf die Moderne, den Liberalismus und die Emanzipation.

Situativ können Neonazis, AfD und Identitäre darum auch direkt zusammenkommen. Ein Beispiel: Als im April Neonazi-Hooligans von Energie Cottbus bei einem Auswärtsspiel in Potsdam-Babelsberg randalierten und antisemitische Parolen riefen, standen der Berlin-Brandenburger Identitäre-Chef und ein AfD-Kreisvorstand mitten im Cottbuser Fanblock.¹⁰

Noch ist nicht ausgemacht, ob die Identitären vom gegenwärtigen Hype dauerhaft profitieren können und ob sie sich in der Bundesrepublik so etablieren werden, wie es den entsprechenden Gruppen in Frankreich und Österreich gelungen ist. Ein gesundes demokratisches Selbstbewusstsein gegenüber dem Darstellungsdrang der Identitären ist angezeigt. Die Gruppe ist klein und weniger stark als sie scheinen möchte. Öffentlich gewordene Seminarunterlagen belegen, dass das Niveau der ideologischen Schulungen überschaubar ist. Ihre Inhalte sind angreifbar. Der menschenfeindliche Gehalt ihrer Aussagen lässt sich aufzeigen und kritisieren, wenn man die Propagandaformeln ins Konkrete übersetzt. Sie behaupten von sich, demokratische Werte zu vertreten, jugendlich-frechen zivilen Ungehorsam für eigentlich demokratische Ziele zu nutzen. Ihre extrem rechte Ideologie ist allerdings nachgewiesen. Nicht zuletzt: Die Inszenierungen der Identitären, die Aktionen, aus denen sie ihr politisches Kapital schlagen, lassen sich

⁹ Das interne Strategiepapier wurde von Linken im Internet „geleakt“. Vgl.: afa: Identitäre Bewegung Allgäu: Made racists afraid again, 17.2.2017, unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/204949>.

¹⁰ Dokumentiert u.a. durch das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Ausschreitungen und antisemitische Parolen bei Fußballspiel in Potsdam-Babelsberg, 3.5.2017, unter: <https://jfda.de/blog/2017/05/03/ausschreitungen-und-antisemitische-parolen-bei-fussballspiel-sv-babelsberg-03-fc-energie-cottbus/>.

brechen. Wer schon einmal eine Identitären-Aktion live erlebt hat, weiß, dass die Auftritte weit weniger beeindruckend sind, als sie später im Internet oder in Medienberichten erscheinen. Zu zeigen ist also: Die Identitären vertreten menschenfeindliche Ideen und haben viel weniger Sex-Appeal, als sie glauben machen wollen. —

Christoph Kopke Politikwissenschaftler, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Alexander Lorenz Historiker, Potsdam

Die Verschwörungsmythen der Rechten¹

Seit dem Frühjahr 2014 offenbarten Äußerungen bei den antiamerikanischen und zum Teil antisemitischen „Montagsmahnwachen für den Frieden“ in Berlin, die in ihrer Bedeutung durch die seit dem Spätherbst desselben Jahres in Dresden fast durchgängig wöchentlich demonstrierenden „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) abgelöst wurden, eine paranoid anmutende Gedankenwelt der omnipräsenten Bedrohung durch innere wie äußere Feinde. Als schuldloses Opfer dieser angeblichen Bedrohung gilt die als ethnisch wie kulturell homogen imaginierte deutsche Nation. Nach dieser Erzählung wird der sich aktuell vollziehende gesellschaftliche Wandel als „gesteuerter Zerfallsprozess gedeutet, als Entfremdung von authentischen Verhältnissen und dem Verlust stabiler Identitäten durch Flexibilisierung und Globalisierung“.²

Den parlamentarischen Arm dieses außerparlamentarischen Protests von rechts bildet die Alternative für Deutschland (AfD). Rein programmatisch betrachtet ist sie keine rechtsextreme Partei. Dennoch folgt ihr 2016 verabschiedetes Grundsatzprogramm in zentralen Teilen den Kernerzählungen der extremen Rechten. Die Kategorien und mythologisch aufgeladenen Schlüsselbegriffe wie „Volk“, „Gemeinschaft“, „Nation“, „Kultur“ bestimmen die Wahrnehmungshorizonte und Deutungsmuster.³ Die Zusammenarbeit von Teilen der Partei mit rechtsextremen Kreisen, die sich vor allem auf lokaler Ebene gut dokumentieren lässt, erscheint nicht zufällig, sondern als Konsequenz einer strategisch gewählten Option. Die Entwicklung des Landesverbandes Brandenburg zeigt deutlich, dass sich die AfD unter Führung des ehemaligen Landesvorsitzenden Alexander Gauland von einer nationalkonservativ bis nationalpopulistischen Rechtspartei in Richtung einer fundamentaloppositionellen rechten Bewegungspartei gewandelt hat.⁴ Sein Nachfolger Andreas Kalbitz setzt diesen Kurs nahtlos fort.

Die durch Pegida, AfD etc. mobilisierten (mittelständischen) Ängste, Vorurteile und Stereotype stehen nicht einfach unverbunden nebeneinander. Vielmehr werden sie „integriert durch eine Weltsicht, die die Schuld für die verschiedenen bekämpften Phänomene auf das Wirken konkreter Akteure und Akteursgruppen reduziert. Ihnen wird unterstellt, planvoll, koordiniert und im Geheimen zu wirken und ganz bewusst dem deutschen Volk schaden zu wollen“.⁵ Im Kern setzen die verschwörungsideologischen Kampagnen darauf, „politische und gesellschaftliche Entwicklungen rationalen Betrachtungen zu entziehen und stattdessen die Emotionalität und Affekthaftigkeit des Politischen zu steigern, wenn hinter diesen Entwicklungen unbekannt, unfassbare und omnipotente Mächte vermutet werden, die im Sinne einer Verschwörung agieren und die tatsächlichen politischen Agen-

1 Teile des Beitrages gehen zurück auf: Christoph Kopke: Verschwörungsmythen und Feindbilder in der AfD und in der neuen Protestbewegung von rechts, in: Neue Kriminalpolitik. Forum für Kriminalwissenschaften, Recht und Praxis 29 (2017) 1, S. 49-61.

2 Felix Schilk: Souveränität statt Komplexität. Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet, Münster 2017, S. 127.

3 Vgl. Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Hrsg.): Die neue Partei am rechten Rand. Programm und Positionen der Alternative für Deutschland (AfD), Potsdam 2016.

4 Zur Entwicklung der AfD in Brandenburg vgl.: Christoph Kopke/Alexander Lorenz: Zwischen konservativem Nationalpopulismus und fundamentaloppositioneller Bewegung. Das aktuelle Profil der AfD in Brandenburg, in: Stephan Grigat (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 79-100.

5 Gideon Botsch/Christoph Kopke: Antisemitismus ohne Antisemiten?, in: Ralf Melzer/Dietmar Molthagen/Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 189f.

den steuern würden“.⁶ Die Verschwörungsmythen der rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegung und Szene lassen sich in vier grundlegende Narrative gliedern: 1) die Verschwörung der „Eliten“, sprich der „Altparteien“ und der „Lügenpresse“, gegen „das Volk“; 2) die Angst vor dem biologischen Niedergang des deutschen Volkes, die durch die Formulierungen „Volkstod“, „Umvolkung“ oder „großer Austausch“ umschrieben wird; 3) die Bedrohung der Kultur durch eine „Islamisierung“ sowie 4) die bevölkerungspolitische Bedrohung Deutschlands durch „Genderwahn“ und „Frühsexualisierung“. In ihren Ansichten folgen sie keiner hierarchischen Anordnung und sind nahezu beliebig miteinander kombinierbar.

1) Die Verschwörung „der Eliten“ gegen „das Volk“

Unter der Kapitelüberschrift „Demokratie und Grundwerte“ heißt es zu Beginn des AfD-Grundsatzprogramms:

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vorrangliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.“⁷

Mit dieser Zustandsbeschreibung offenbart die Partei, wie nah sie geistig der NPD und ihrem „Vulgärdemokratismus“ steht.⁸ Sie legt damit eine ostentative Ignoranz gegenüber den Prinzipien der repräsentativen parlamentarischen Demokratie an den Tag, indem sie einen Gegensatz zwischen „dem Volk“ und „den Eliten“ bzw. „denen da oben“ konstruiert. Das Volk ist gemäß dieser Definition nicht ein sozial wie politisch heterogenes Staatsvolk im Sinne des Grundgesetzes, sondern eine klassenindifferente Abstammungsgemeinschaft, die „elementar mit der Kategorie der Zugehörigkeit [verbunden und] nicht mehr verfassungsrechtlich definiert ist, sondern von kulturellen und ethnischen Kriterien abhängt“.⁹

Die Selbstinszenierung der AfD als Anti-Establishment-Partei geht mit der „Attitüde als grundlegende Alternative zum etablierten Politikbetrieb“ einher.¹⁰ Das zentrale, personalisierte Feindbild ist besonders für die enttäuschten ehemaligen Unionsmitglieder in der AfD die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der rechte, hoch emotionale Integrationslogan „Merkel muss weg!“ diente dementsprechend auch mehrmals erfolgreich zur Mobilisierung öffentlicher Kundgebungen und Demonstrationen. Die Botschaft dahinter suggeriert, die „Entwicklung politischer und ökonomischer Prozesse würde an einer Person hängen, so dass der völkische Affekt personalisiert und konkretisiert wird und sich damit in seiner emotionalen Appellstruktur bereits gegen jede Form von Rationali-

6 Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017, S. 121.

7 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 1.5.2016, unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

8 Gideon Botsch: Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden 2016, S. 71.

9 Michael Wildt: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017, S. 114.

10 Gerd Wiegel: Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln 2017, S. 57.

tät richtet“.¹¹ Nach Ansicht des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder) könne daher nur „eine radikale politische Umkehr mit einer völlig neuen Klasse von Volksvertretern, die für und nicht von der Politik leben und nur dem Wohle des deutschen Volkes dienen, statt auf irgendeiner Weise den ‚Volkstod‘ herbeisehnen“, die von ihm ausgemachten politischen Missstände beheben.¹² Die AfD will den von ihr ausgemachten „Volkswillen“ mittels autoritärer, direktdemokratischer Konzepte durchsetzen, die ideengeschichtlich auf Carl Schmitt, einen der prominentesten Vertreter antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik, zurückgehen. Anders als es jedoch suggeriert wird, handelt es sich dabei nicht um die Realisierung politischer Haltungen der überwältigenden Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen Brandenburgs, also nicht um das, was „empirisch prüfbar und wirklich vorhanden ist“, sondern um das, „was Rechte zum ‚Volkswillen‘ erklären: ihre eigene völkische Weltsicht“.¹³

Eng mit dieser Haltung ist der Vorwurf der „Lügenpresse“ (Pegida) bzw. „Lückenpresse“ (AfD) verbunden.¹⁴ „Fundierter Widerspruch gegen rechte Mythen und journalistische Aufklärungsarbeit über rechte Strukturen werden genauso unter dem Lügenpresse-Begriff subsumiert wie individuelle journalistische Fehler und tatsächliche Defizite in der Berichterstattung.“¹⁵ Im Rahmen rechter Diskurse erfüllt die Rede von „der Lügenpresse“ eine wichtige Funktion: „Sie immunisiert nicht nur sich selbst gegen Kritik von außen, sondern auch mit ihr verbundene andere paranoisch strukturierte Vorstellungen.“¹⁶ Das Bild der „Lügenpresse“ ist daher eine Art Meta-Verschwörungsmythos, denn er „ist in der Lage, in den Medien formulierte Kritik gegen all diese Vorstellungen abzufangen und zum Bestandteil der Verschwörung zu erklären“.¹⁷

2) „Volkstod“, „Umvolkung“ und „der große Austausch“

„Die Linkspartei beginnt nun die von ihr schon lange herbeigesehnte ‚Umvolkung‘ Deutschlands einzuleiten.“ Diesen Schluss zog Alexander Gauland aus dem Umstand, dass eine linke Landtagsabgeordnete im November 2015 bei einer Demo neben einem Transparent fotografiert worden war, auf dem „We love Volkstod“ stand. Daraus leitete der damalige AfD-Landesvorsitzende ab, es sei das Ziel der Linken, „unterstützt von den übrigen Altparteien“, „ein neues Volk zu schaffen“.¹⁸ Das Szenario des „ausgetauschten Volkes“ und der „Umvolkung“ hängt mit einem zähen Mythos zusammen, den die extreme Rechte pflegt und immer wieder aktualisiert: die Paranoia vor einem „Volkstod“, dem Aussterben des deutschen Volkes. In Brandenburg ist dieser Kampfbegriff unmittelbar mit den Propagandaaktionen und Kampagnen der 2012 verbotenen neonazistischen Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ verbunden. Aktuell wird von AfD, Pegida und anderen rechtspopulistischen Formationen ein angeblicher Plan der Regierung, das

11 Salzborn: Angriff der Antidemokraten, S. 123.

12 AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder): Das Drechkübel-Universum der selbsternannten „Anständigen“, 6.1.2017, unter: <http://www.afd-ffo.de/das-drechkuebel-universum-der-selbsternannten-anstaendigen/>.

13 Salzborn: Angriff der Antidemokraten, S. 190.

14 Vgl. Sandra Schwarte: Kalbitz würdigt freie Medien – und kritisiert „Lückenpresse“, 3.5.2017, unter: <https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/05/afd-chef-kalbitz-brandenburg-tag-der-pressefreiheit.html>.

15 Rolf van Raden: Pegida-Feindbild „Lügenpresse“. Über ein massenwirksames verschwörungstheoretisches Konstrukt, in: Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016, S. 176.

16 Ebd.

17 Ebd., S. 177.

18 Zit. n. Detlev Frye: „Linke“ fordern Volkstod, Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, 2.11.2015, unter: http://afd-fraktion-brandenburg.de/?wysija-page=1&controller=email&action=view&email_id=207&wysija-subscriptions.

deutsche Volk gezielt durch eine andere Bevölkerung zu ersetzen, herbeifantasiert. Diese „Umvolkung“, in der Propagandasprache der rechtsextremen Identitären Bewegung auch als „großer Austausch“ bezeichnet, sei bereits voll im Gange. Demnach sei die nationale Einheit, verstanden im Sinne „weitestgehender ethnischer und kultureller Homogenität“ bedroht.¹⁹ „Unterstützt würden ‚Umvolkungsvorgänge‘ durch die Strukturen einer ‚dekadenten‘, weil ‚durchliberalisierten‘ Gesellschaft, die kein gemeinschaftliches ‚Wir‘ kenne, [...] und damit nicht in der Lage sei, das ‚Eigene‘ gegen das ‚Fremde‘ zu behaupten. [...] Die ‚Zersetzung‘ des ‚Volkskörpers‘, seine ethnische und räumliche Auflösung und der Verlust der Fähigkeit, sich als Nation im Wettkampf der Nationen nach außen zu behaupten, seien die Folgen.“ Insofern, „verdichten sich im Begriff der ‚Umvolkung‘ wie in einem Brennglas sämtliche weltanschaulichen Bestandteile des völkischen Nationalismus“.²⁰

Als treibende Kräfte im Hintergrund dieser und anderer Verschwörungen gelten historisch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs mit ihren Entnazifizierungs- und Demokratisierungsprogrammen sowie die von ihnen geprägte erste Nachkriegsgeneration, die „1968er“. Unter dem zentralen Feindbild „1968“ werden alle Errungenschaften der sozialen Liberalisierung und demokratischen Modernisierung der Nachkriegsgesellschaft subsumiert und bspw. im AfD-Grundsatzprogramm verächtlich als „Ideologie des Multikulturalismus“²¹ bezeichnet.

Es ist bemerkenswert wie Positionen, die bislang nur in der extremen Rechten derart zugespitzt formuliert wurden, inzwischen auch von Politikerinnen und Politikern der AfD in Brandenburg ungehemmt und lautstark mit emotionaler Notstands- und Katastrophenrhetorik vertreten werden. So war es abermals Alexander Gauland, der Anfang Juni 2016 in einer Rede auf dem Marktplatz in Elsterwerda den Parteien im Bundestag und der „Kanzler-Diktatorin“ vorwarf, sie verträten eine „Politik der menschlichen Überflutung“. Dies sei „der Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung. Und es gibt genügend gesellschaftliche Kräfte, die das für richtig halten“.²²

3) Die Bedrohung der Kultur durch eine „Islamisierung“

Mit dem Begriff der „Islamisierung“ wird eine vermeintliche gesellschaftliche Entwicklung und politische Absicht konstruiert. Eine geplante Machtübernahme „des Islams“ sei, befördert durch die Einwanderung zahlreicher Menschen mit islamischen Glaubensvorstellungen, in Deutschland im Gange. Es geht den Anti-Islam-Kampagnen von rechts nicht um aufklärerische Religionskritik oder um eine notwendige Debatte, wie religiöse Überzeugungen in der offenen und demokratischen Gesellschaft eines säkularen Staates gelebt werden und wie nicht. Tatsächliche und vermeintliche „Muslime“ werden als ein monolithischer Block dargestellt. Auch für die nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft wird eine diffuse kulturelle Homogenität suggeriert, wodurch bestehende Gegensätze in der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik überdeckt und eingeebnet werden. Konstitutiv für das homogene Kulturverständnis der AfD ist der Glaube an eine quasi natürliche Inkompatibilität und eine Hierarchie der Kulturen. Die pluralistische Ver-

19 Helmut Kellershohn: Umvolkung, in: Bente Gießelmann/Robin Heun/Benjamin Kerst/Lenard Suermann/Fabian Virchow (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach/Ts. 2016, S. 289.

20 Ebd.

21 AfD: Programm für Deutschland, S. 47.

22 Zit. n. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: Gaulands Rede im Wortlaut, in: FAZ.NET, 5.6.2016, unter: http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlesen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

fasstheit einer sich wandelnden Gesellschaft lehnt sie ab. Der Begriff der Kultur ist für die AfD und ihre Verbündeten ein nahezu starres, „übergeschichtlich Ganzes“, das das Individuum „umfassend determiniert“.²³ Das Bedienen und Mobilisieren unkritischer Ressentiments gegenüber islamischen Glaubensvorstellungen und -praktiken gehört seit 2014 fest zur politischen Agenda der AfD in Brandenburg, die sich selbst nicht als eine christliche Partei versteht. In den gegenwärtigen Debatten wird eine beliebige Mischung aus einer selektiven Lesart des Grundgesetzes und dem Mythos des „christlichen Abendlandes“ in Abgrenzung zum Islam beschworen. Wiederholt wird besonders Geflüchteten und Einwandernden aus muslimisch geprägten Gesellschaften pauschal „Kulturfremdheit“ und „Integrationsunwilligkeit“ attestiert, womit die Partei lediglich „antiislamisch formuliert, was rassistisch gemeint ist“.²⁴ Wie Teile der CDU/CSU erhebt auch sie dafür die Forderung nach einer „deutschen Leitkultur“, die als nationale Selbstbestätigung nicht im Sinne eines Angebots zur Integration, sondern als Abgrenzung und negative Standortbestimmung verwendet wird. Auf die Vorstellungen von „dem Islam“ wird zudem das Konzept einer feindlichen politischen Ideologie übertragen: „Der Islam ist keine Religion wie das katholische oder protestantische Christentum, sondern intellektuell immer mit der Übernahme des Staates verbunden“, behauptete Gauland im April 2016. Deswegen sei „die Islamisierung Deutschlands eine Gefahr“.²⁵ Die „völkisch grundierte Angst vor einer Islamisierung Europas“ kann dabei „suggestiv an die reale Bedrohung durch islamistischen Terrorismus anschließen [...] und gerade durch diese Vermischung von Fiktion und Realität intuitive Wirkmächtigkeit“ entfalten.²⁶

4) Die bevölkerungspolitische Bedrohung Deutschlands durch „Genderwahn“ und „Frühsexualisierung“

Das Feindbild „Gender“, „Gender-Ideologie“ oder „Genderwahn“ entwickelte sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem strömungsübergreifenden Mobilisierungsthema für Konservative, christliche Fundamentalistinnen und Fundamentalisten bis hin zur extremen Rechten. Das eigentliche Ziel des Gender Mainstreaming, also der Versuch einer Politik der Geschlechtersensibilität und -gerechtigkeit bzw. einer Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, wird von der Rechten umgedeutet in eine zielgerichtet geplante Abschaffung vermeintlich natürlicher Geschlechter und Geschlechterordnungen. Diese „Anti-Gender“-Kampagnen beklagen: eine vorgebliche „gesellschaftliche Entmannung“, sprich den Verlust traditioneller heterosexueller Männlichkeit; eine angebliche Vorherrschaft des Feminismus, der die als natürlich akzeptierte, patriarchale Ordnung der Gesellschaft zerstöre und Männer wie Frauen in „widernatürliche Rollen“ dränge; ein dramatisches Ende der heterosexuellen Familie sowie eine Gefährdung von Kindern durch eine „Frühsexualisierung“, die mit der pädagogischen und gesellschaftlichen Enttabuisierung nicht-heterosexueller Lebensweisen einhergehe. Für die AfD sind die heterosexuelle Ehe und die generationelle Reproduktion als „Keimzelle der Nation“²⁷ untrennbar miteinander gekoppelt und deshalb exklusiv. Die strikte Ablehnung der jüngst beschlossenen „Ehe für alle“ begründet sie durch die Unmöglichkeit, dass aus einer nicht heterosexuellen Verbindung Kinder hervorgehen. Neben ihrer Selbstinszenierung als

23 Volker Weiß: Bedeutung und Wandel von „Kultur“ für die extreme Rechte, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 441-469, Zitat: S. 442.

24 Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2015, S. 83.

25 Zit. n. Kopke/Lorenz: Profil der AfD in Brandenburg, S. 89.

26 Zit. n. ebd.

27 Vgl. Andreas Kemper: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2014.

vermeintliche Anwältin der heteronormativen, kleinbürgerlichen Familie verortet sich die AfD, „programmatisch und in ihren parlamentarischen wie außerparlamentarischen Initiativen explizit als ‚Anti-Gender‘-Partei“.²⁸ Es geht dabei aber um weit mehr als um die Frage der sozialen Verhandbarkeit von Geschlecht: Geschlechterpolitik wird verstanden als „Ideologie“ oder bürokratisches Instrument, deren Ziel es sei, ein in seiner Ursprünglichkeit intaktes gesellschaftliches Gefüge von innen her zu zersetzen. Der Vorwurf der „Ideologie“ wird hier als „eine argumentative Figur eingeführt“, um die eigene antidemokratische Haltung zu verschleiern und um sich als scheinbare Verteidigerin der Meinungsfreiheit zu inszenieren.²⁹ Die universitären Geschlechterstudien (Gender Studies) wähen die Rechten als ein Instrument der Implementierung der „Gender-Ideologie“ in die Gesellschaft. Der erhobene „Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit und der Ideologie richtet sich gegen ein kritisches Verständnis von Wissenschaft“. Regelmäßig wird behauptet, „die Gender Studies würden biologische Faktoren ausblenden und seien deshalb nicht objektiv. Wissenschaft ist gemäß solchen Anti-Gender-Positionen nur dann zulässig, wenn sie naturwissenschaftlich argumentiert und scheinbar unverrückbare Wahrheiten [...] verkündet. Machtstrukturen, Gewalt, soziale Bedingungen, Erziehung usw. spielen aus dieser Sicht keine Rolle“.³⁰ Forderungen nach der Abschaffung der Geschlechterforschung – und damit ein potenziell illegitimer Eingriff in die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung und Lehre – finden sich auch bei der AfD in Brandenburg. So forderte die Landtagsfraktion in einem Antrag vom Mai 2017:

„Die Landesregierung darf keine Mittel direkt oder indirekt für die ‚Gender-Forschung‘ mehr bereitstellen und keine ‚Gender-Professuren‘ bzw. sonstige Mitarbeiter in diesem Bereich in Brandenburg künftig finanzieren. Bestehende Förderlinien sollen beendet werden. Der ‚Gender-Ideologie‘ verpflichtete ‚Gleichstellungsbeauftragte‘ an den Universitäten sind abzuschaffen.“³¹

Wird das Thema Gleichstellung in anderen öffentlichen Sitzungen des Parlaments zur Sprache gebracht, so wird seitens der AfD auffällig scharf gegen gleichstellungspolitische Vorschläge und Maßnahmen polemisiert. So lehnte die Abgeordnete Birgit Bessin den „ideologischen ‚Gender‘-Irrsinn der Landesregierung“ ab. Nach ihrer Ansicht werde mit „dekadentem Minderheitenpopanz“ ein „politischer Feldzug gegen die Normalität geführt“.³²

In gleiche Richtung weist der Schmäh- und Kampfbegriff „Frühsexualisierung“. Prägnantes Beispiel für seine Verwendung ist die „Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung“ vom November 2016, initiiert vom Vorsitzenden der AfD Sachsen-Anhalt André Poggenburg, dem Mitglied der AfD-Fraktion in Brandenburg Steffen Königer und anderen. In ihr heißt es:

„Wir bekennen uns zum Recht und zur Pflicht der Eltern, ihre Kinder im Sinn ihrer eigenen Lebens- und Wertevorstellungen zu erziehen, so lange dadurch das Kindeswohl nicht objektiv gefährdet wird. Dies gilt insbesondere für die Sexualerziehung. [...] Wir bekennen uns zum Recht jedes Kindes, vor Frühsexualisierung geschützt zu

28 Juliane Lang: Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD, in: Grigat: AfD & FPÖ, S. 68.

29 Vgl. ebd.

30 Franziska Schutzbach: „Gender raus!“. Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, hrsg. v. d. Heinrich-Böll-Stiftung u. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017, S. 18.

31 Landtag Brandenburg: Drucksache 6/6566, Antrag der AfD-Fraktion: Brandenburg braucht eine zukunftsorientierte Familienförderung, 17.5.2017, S. 3, unter: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_6500/6566.pdf.

32 Zit. n. Kopke/Lorenz: Profil der AfD in Brandenburg, S. 84.

werden [...] Wir bekennen uns zu einem Schulunterricht, der auch die Botschaft vermittelt, daß nicht Triebbefriedigung, sondern eine intakte Familie primäres Lebensziel sein sollte.“³³

Es geht hier nicht um Jugendschutz oder um eine aufgeklärte Pädagogik, die junge Menschen befähigen soll, sich zu (sexuell) selbstbestimmten und reifen Persönlichkeiten zu entwickeln. Vielmehr bildet die Rede von Kindern „den Kern der Definition der Ehe als geschlechtlich binärer Zeugungs- und Abstammungsgemeinschaft“, sie werden somit „funktionalisiert für die Begründung heterosexueller Exklusivität sowie für die Abwehr und Diskreditierung sexueller Vielfalt“.³⁴

Schlussbetrachtung

Es liegt dem Zustand nur scheinbar eine gewisse Ironie zugrunde, dass die AfD, die für sich selber wiederholt reklamiert, eine seriöse „Partei des gesunden Menschenverstandes“ zu sein, derart stark im wahnhaften Verschwörungsdenken verhaftet ist. Die „formulierten Lügen werden nicht geglaubt, weil sie rational oder kognitiv überzeugend sind, sondern weil sie ein Weltbild festigen, das gerade nicht den Prinzipien der Aufklärung folgt“.³⁵ Es sind die Fantasien von einer „regredierten Welt, der Traum von einem harmonischen und widerspruchsfreien (völkischen) Selbst, in dem alles nur einer Logik gehorcht, nämlich der eigenen“.³⁶

Rhetorisch folgt dies dem Selbstbild, ein Opfer politischer Übermacht zu sein. Gleichzeitig inszeniert sich die AfD als Tabubrecherin, um mit kalkulierten Provokationen mediale Aufmerksamkeit zu generieren. Deutlicher Widerspruch zu oder Kritik an ihren Positionen werden empört als „Political Correctness“, „Einschränkung der Meinungsfreiheit“ oder als „Zensur“ zurückgewiesen. Während demokratische Leitmedien sowie das öffentlich-rechtliche Fernsehen pauschal als „Lügenpresse“ o.ä. denunziert werden, werden gleichzeitig dubiose Internetseiten und rechte Propagandazeitschriften gefeiert, da sie die eigene Weltanschauung zur gefühlten Wahrheit erheben und weiter verbreiten. Politisch geht dies mit der selbstgewählten Rolle einer tendenziell systemilloyalen Fundamentalopposition zusammen. Wenn die Politik scheinbar einem großen, geheimen Plan folgt, muss man sich selbst nicht mit rationaler, problemorientierter Sachpolitik auseinandersetzen. Es wird sich zeigen, inwieweit die verschwörungsideologischen Kampagnen der populistischen und der extremen Rechten über das eigene politische Spektrum hinaus dauerhaft ihre Wirksamkeit werden entfalten können. Insgesamt tragen diese Kampagnen mindestens jedoch zu einer Verunsachlichung und Verrohung der Debatte bei und schüren Ängste und Emotionen. Zudem ist zu befürchten, dass sich zumindest Teile des rechten Spektrums auch durch ihre eigenen Verschwörungsmymen und Untergangsszenarien weiter radikalieren werden. —

³³ Vgl. Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung, 14.11.2016, unter: <http://www.afdfraktion-lsa.de/wp-content/uploads/2016/11/Fruhsexualisierung.pdf>.

³⁴ Imke Schmincke: Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland, in: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015, S. 100.

³⁵ Salzborn: Angriff der Antidemokraten, S. 119.

³⁶ Ebd., S. 120.

Rechte Konzepte von Demokratie

Die „neue Bewegung von rechts“ nimmt für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und die Demokratie zu verteidigen – ja, gegenüber den vermeintlich undemokratischen Zuständen eine „wahre“ Demokratie erst zu verwirklichen. Zugleich bezieht sich auch die „alte Rechte“ (der beispielsweise die NPD zugerechnet werden kann) zu einem bedeutenden Teil positiv auf den Begriff Demokratie. Diese rechten Konzepte von Demokratie werden im Folgenden am Beispiel der Programmatiken der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Alternative für Deutschland (AfD) skizziert.

Ungeachtet ihres rechtsextremen Charakters ist ein positiver Bezug auf Demokratie für die NPD weltanschaulich möglich und sowohl strategisch als auch taktisch von einiger Bedeutung. Auch nach ihrer politisch-weltanschaulichen Radikalisierung seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre, die schließlich in ihrer Nazifizierung mündete, hält die NPD daran bis heute fest. Im Rahmen einer radikalisierten völkischen Weltanschauung führt sie den Demokratiebegriff auf ihren ethnisch-rassistischen Volksbegriff zurück und vereinnahmt ihn für ihre Ideologie. So unterscheidet die NPD eine „wahre“ Demokratie von einer angeblich liberalistisch verfälschten, die sie auch als „Demoliberalismus“ verballhornt. Gleichzeitig delegitimiert die Partei das Grundgesetz, indem sie es als Diktat der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs darstellt, und stellt eine neue Verfassung für das Deutsche Reich, dessen völkerrechtliche Fortexistenz sie behauptet, in Aussicht. Den Eliten in Deutschland wirft sie vor, nicht im Interesse des deutschen Volkes zu handeln, sondern fremden Interessen zu dienen. Deutlich verschwörungsmystisch unterlegt, stehen hier insbesondere die USA, Israel und ein vermeintliches Weltjudentum in Verdacht, heimlich die Politik in Deutschland zu steuern.

An der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit kritisiert die NPD:

- den Pluralismus, den sie einer „wahren“ Demokratie entgegenstellt
- eine „Auflösung“ des deutschen Volkes durch Einwanderung und Einbürgerung, womit die nötige ethnische Homogenität für eine Demokratie als Volksherrschaft verloren gegangen sei
- den Einfluss der Parteien und Verbände
- die „Gewaltenverschränkung“, also einen Verstoß gegen das Verfassungsgebot der Gewalttrennung, deren Ursachen einseitig bei den Parteien gesucht werden
- eine zu schwache Stellung des Bundespräsidenten und der Regierung gegenüber dem Parlament
- das Fehlen plebiszitärer Elemente, die dem vermeintlich unverfälschten Volkswillen mehr Raum geben sollen – besonders in der Wahl der politischen Entscheidungsträger, aber auch in der Gesetzgebung

Die von der NPD programmatisch vorgeschlagenen Veränderungen treffen im Kern die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik als pluralistische, Interessengegensätze anerkennende, staatsbürgerliche (nicht durch ethnische Abstammung definierte) Gesellschaft und als parlamentarisch-repräsentative Demokratie. Die NPD selbst nennt die von ihr gewünschte Gesellschaftsordnung eine „Volksgemeinschaft“, die auf einer gemeinsamen Herkunft, Sprache und Kultur des deutschen Volkes beruht, die organisch nach (Berufs-) Stand und Leistung gegliedert ist und die unverschuldet in Not geratenen Volksgesetzgebungs-

gen in „nationaler Solidarität“ Unterstützung gewährt. Die angestrebte politische Ordnung nennt sie ein „plebiszitäres Präsidialsystem“. Das Elektorat soll dabei auf ethnisch definierte „Deutsche“ beschränkt bleiben, unter Ausschluss bereits eingebürgerter Zuwanderer_innen und anderer „Fremdvölkischer“, insbesondere Jüdinnen und Juden.

An der Spitze des Staates ist in diesem System ein vom Volk gewählter Präsident vorgesehen, der die Regierung ernennt und entlassen kann, welche keiner unmittelbaren parlamentarischen Verantwortlichkeit unterliegt. Dem Parlament kommen, unter deutlicher Beschneidung des Parteienprivilegs, nur die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung zu, wobei auch diese Funktionen, beispielsweise durch Stärkung plebiszitärer Elemente in der Gesetzgebung, eingeschränkt werden. Parteien sollen nach den Vorstellungen der NPD zwar nicht verboten werden, doch deuten verschiedene Aussagen darauf hin, dass ein pluralistisches Parteienwesen nicht mehr existieren würde – insbesondere wenn die NPD fordert, dass nur „national gesinnte“ Eliten das Recht haben sollen, politische Verantwortung zu übernehmen.

Als Voraussetzungen für die „wahre“, „volksgemeinschaftliche“ Demokratie gelten die „Identität zwischen Führern und Geführten“ und eine ethnische Homogenität des Volkes als Bezugspunkt der „Volksherrschaft“. Ein autoritärer Führungs- und Elitegedanke grenzt dieses Bild von basis-, radikal- und direktdemokratischen Traditionen ab. Das explizit artikuliert Bekenntnis zum Prinzip der Ungleichheit – auch innerhalb der Volksgemeinschaft – unterscheidet es von sozialistischen Gesellschaftsmodellen.

Die AfD unterscheidet sich von der NPD der Gegenwart nicht bloß durch ihr „bürgerliches“ und deutlich moderateres Erscheinungsbild sowie durch ihre Abgrenzung vom historischen Nationalsozialismus und vom Antisemitismus. Diese nationalpopulistische Rechtspartei ist auch weit stärker als eine Sammlungspartei zu betrachten, die unterschiedliche und diffuse ideologisch-weltanschauliche Strömungen zusammenfasst. Von Anfang an war die AfD darauf bedacht, als grundgesetzkonforme und prinzipiell demokratische Alternative aufzutreten. Dabei sei es ihr Anliegen, der Demokratie in Deutschland überhaupt erst wieder zur Geltung zu verhelfen, da die „Altparteien“ und etablierten Eliten im Verbund mit den Medien den „Volkswillen“ systematisch verzerren würden. Zur Beseitigung des Grundgesetzes ruft die AfD nicht auf.

Das Grundsatzprogramm, das am 1. Mai 2016 beschlossen wurde, verdeutlicht, dass die Positionen der AfD mit zentralen Elementen der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie in Spannung stehen. Mit Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Politik in der Bundesrepublik spricht die AfD in ihrem Programm von „dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft“. Ihr Anliegen sei es angesichts dessen, „unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen“. Dabei beruft sie sich auf die „Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989“, bezeichnenderweise aber nicht auf die Revolution von 1918. Auch dem demokratischen Neuanfang nach 1945 und der Verfassungsgebung durch den Parlamentarischen Rat im Jahr 1949 wird im AfD-Grundsatzprogramm kein traditionsbildender Wert zugesprochen. Demokratie und Freiheit, so behauptet die AfD in der Präambel, stünden „auf dem Fundament gemeinsamer kultureller Werte und historischer Erinnerungen“. Daher gelte es, den „Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger zu stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder“ vorsehe.

Dem ersten Kapitel ihres Grundsatzprogramms, „Demokratie und Grundwerte“, misst die AfD offenbar große Bedeutung zu. Ihre Reformvorschläge richten sich teilweise – hierbei die wirtschaftsliberalen und marktradikalen Ursprünge der AfD reflektierend – auf die Rückführung des Staates auf seine „Kernaufgaben“, die „innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“. Durch die Delegation von Entscheidungen auf die europäische Ebene werde „die unantastbare Volkssouveränität“ zu einer „Fiktion“. Ideologisch nicht weit entfernt von der NPD zeigt sich die AfD in diesem Abschnitt, wo sie die vermeintlich herrschenden Eliten einer Entfremdung, wenn nicht Überfremdung bezichtigt:

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vorrangliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“¹

Die konkreten Forderungen der AfD mit Bezug auf die Reform der Demokratie zielen darauf ab, die behaupteten parteipolitischen Kartellstrukturen zu zerschlagen. In der Summe würden die Vorschläge der AfD fast durchweg eine Beeinträchtigung der Funktionen und der Funktionsfähigkeit des Parlaments und der Parteien bewirken. Sie will unter anderem „parteipolitische Netzwerke“ beseitigen, die „über persönliche Beziehungen der Amts- und Funktionsträger die wechselseitige Machtkontrolle der Gewalten“ – im Sinne der Gewaltenteilung, also Legislative, Exekutive und Judikative – „behindern oder aushöhlen“, Amt und Mandat trennen und damit die „Parteibuchwirtschaft“ beenden. Ein ganzer Abschnitt trägt die Überschrift „Macht der Parteien beschränken“:

„Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen. Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören. Von ihr erhalten sie ihre Wahlchancen und ihre Wahl sichert typischerweise ihren Lebensunterhalt. Mit dieser Abhängigkeit von der Partei geht die Entfremdung vom Wähler einher.“²

Auffallend ist die grobe Einseitigkeit der politischen Systemkritik, die fast durchweg die Legislative und die Parteien betrifft. Zu den expliziten Forderungen des Programms gehören eine Begrenzung der Parteienfinanzierung – die AfD beruft sich dabei auf das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts –, freie Listenwahl und freies Mandat sowie eine Anbindung der Zahl der Abgeordneten an die Wahlbeteiligung und insgesamt eine Verkleinerung des Deutschen Bundestags. Die geforderte Begrenzung

1 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 1.5.2016, S. 8, unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

2 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm, S. 11.

der Amtszeit bezieht sich explizit auf Mandatsträger_innen beziehungsweise Abgeordnete, nicht aber auf Kanzler_in oder Ministerpräsident_innen. Ebenso werden Maßnahmen zur Eindämmung des Lobbyismus nur mit Bezug auf die Bundestagsabgeordneten eingefordert und setzen an den Nebentätigkeiten der Abgeordneten an. In diesem Programm findet sich kaum eine Forderung, die auf stärkere Kontrolle von Regierungs- oder Verwaltungshandeln zielt. Die Ausweitung von Mitbestimmung etwa auf betrieblicher Ebene oder in anderen sozialen Kontexten ist nicht vorgesehen.

Insgesamt misstraut die AfD der Regierung weniger als den Parlamenten, der Verwaltung weniger als der Regierung und am wenigsten der Justiz, sofern diese aus den vermeintlichen Fesseln der Parteienmacht befreit sei. Sie setzt einen allgemeinen, mindestens mehrheitlich vorhandenen Volkswillen voraus, der sich durch Plebiszite feststellen lasse. Dabei wird auch die Direktwahl des Bundespräsidenten gefordert. Eine Erweiterung der Kompetenzen oder sonstige Steigerung der Bedeutung des Bundespräsidenten-Amtes sieht das Programm nicht vor; damit unterscheidet es sich in einem wesentlichen Aspekt von dem plebiszitären Präsidialsystem, das die NPD propagiert. Volksabstimmungen „nach Schweizer Vorbild“ stehen für die AfD an erster Stelle. Dabei soll das Volk über parlamentarisch beschlossene Gesetze abstimmen, es sollen aber auch Gesetzesinitiativen mit eigenen Gesetzesvorlagen möglich werden. Dies betrifft auch das Grundgesetz selbst: Grundsätzlich sollen Verfassungsänderungen von der Zustimmung des Volkes abhängig gemacht, und außerparlamentarische Initiativen zur Verfassungsänderung sollen ermöglicht werden. Auch der Abschluss „bedeutsamer“ völkerrechtlicher Verträge, insbesondere die „Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere internationale Organisationen“, soll zustimmungspflichtig werden. Dabei sollen Abstimmungsfragen finanzieller Natur ausdrücklich erlaubt sein. Die Einführung von Volksabstimmungen „nach Schweizer Vorbild“ sei dabei für die AfD „nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen“.

Im Grundsatzprogramm – und hier unterscheidet die AfD sich grundlegend von der NPD – taucht der Begriff „Volksgemeinschaft“ nicht auf. Wenngleich die pluralistische Struktur der modernen deutschen Gesellschaft wenig greifbar wird, werden Interessengegensätze und -konflikte doch nicht durch die Beschwörung einer rassistisch oder ethnisch begründeten volksgemeinschaftlichen Interessenidentität überdeckt. Ob und inwieweit die stärker im völkisch-identitären Milieu verankerten Strömungen, die den brandenburgischen Landesverband maßgeblich prägen und die auch bundesweit in letzter Zeit immer mehr an Einfluss gewonnen haben, solche Motive mobilisieren, lässt sich hier nicht erörtern.

Insofern vulgärdemokratisch geprägte Vorstellungen mit den Voraussetzungen moderner Gesellschaften nicht kompatibel sind, bergen sie das Risiko, durch Propagierung einer „wahren“ Demokratie die realen Möglichkeiten politischer Partizipation in der Demokratie zu diskreditieren und auch ihre Weiterentwicklung zu blockieren. Gleichwohl dürfen nicht alle derartigen Äußerungen mit Demokratiefeindschaft verwechselt werden. Auch im Fall der AfD kann beim derzeitigen Stand der Debatte noch nicht abschließend von Demokratiefeindschaft gesprochen werden. Anders liegen die Dinge im Fall der NPD. Ihr Vulgärdemokratismus ist gerade die Form ihrer Demokratiefeindschaft. Indem sie die reale bundesdeutsche Demokratie diskreditiert und ihre eigenen, antipluralistischen Vorstellungen mit „wahrer“ Demokratie identifiziert, greift sie die Grundlagen des modernen demokratischen Verfassungsstaates offensiv an. —

Zum Weiterlesen: Gideon Botsch: Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Wiesbaden 2017.

Diskriminierung, Rassismus und Hetze gegen Geflüchtete gehören auch in Brandenburg zum Alltag – sei es auf Demonstrationen von „Nein zum Heim“-Initiativen, in den Kommentarspalten im Internet oder während Wahlkampagnen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Wir sehen uns diese neue rechte Bewegung in Brandenburg, ihre Themen und ihre Akteure genauer an. In welchem gesellschaftlichen Kontext finden die aktuellen Rechtsentwicklungen statt? Welche Strategien verfolgen rechte Protagonist_innen? —